

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthhätigen Bevölkerung.

Preisprophet Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Preisprophet Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 54/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtsige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 261.

Dienstag, den 7. November 1905.

12. Jahrg.

Preis einer Beilage.

Menschenhaft.

Fortsetzung.

Die Prinzipien des Verfahrens.

Das Geheimverfahren, das nach Jena begann, wird in der Denkschrift lediglich bekräftigt, und wenn sich in der Darstellung des Parteivorstandes Unterschiede von unserer „Aufklärung“ ergeben, so liegt das an der Ungenauigkeit und Unvollständigkeit der Denkschrift. Trotzdem hat die Denkschrift den Mut, fortwährend von falschen und irrthümlichen Auffassungen, von leichtfertig ausgesprochenen Behauptungen, von Unwahrheiten, die auf Täuschung berechnet seien usw. zu reden. Daß alle Vorgänge sich abspielten, ohne daß die beteiligten Redakteure nur ein mal gehört wurden, wird gar nicht bestritten, und als einziger Grund für dies Verfahren ist angegeben, daß ein sozialdemokratischer Redakteur anständigerweise nicht verlangen könne, an Sitzungen teilzunehmen, in denen über ihn zu Gericht gesprochen wird. Für die bevorstehende Strafprozessreform ist das eine empfehlenswerte Auffassung. Vielleicht wird man im Reichstag bald hören, daß anständige Verbrecher darauf verzichten müssen, daß in ihrer Gegenwart verhandelt werde. Uebrigens ist die moralische und geistige Verwundung in der vorliegenden „Vorwärts“-Redaktion soweit vorgeschritten, daß in der Donnerstagsnummer vom 2. November behauptet wird, es habe sich bei den geheimen Sitzungen nur um „Vorberatungen“ gehandelt und während dieser Beratungen hätten die Redakteure ihre Kündigung erklärt, sodas sie den Skandal provoziert hätten. Das schreibt die heutige „Vorwärts“-Redaktion zwei Tage nachdem der Vorstand in der Denkschrift ganz offen die Beschuldigung mitgeteilt hat, die einen Tag vor unserer Kündigung bereits von den durch das Organisationsstatut berufenen Instanzen angenommen waren und den Funktionären nur noch formell unterbreitet werden sollten.

Ein gewisses Bedauern scheint allerdings dem Parteivorstand inzwischen befallen zu haben, ob er die Verantwortung für den ärgsten Schaden, der bisher der Partei zugefügt worden ist, übernehmen könne. Er erklärt nämlich in der Denkschrift sich für den Geschöbener, der nur den Willen der Berliner Parteigenossen erfüllt habe. Zu der Sitzung am 2. Oktober sei er von der Preßkommission und von den Vertrauensleuten eingeladen worden. Es wird lang und breit erzählt, daß die Nachzüglerziehung der Redakteure zu dieser Sitzung nicht Schuld des Vorstandes gewesen sei. Die „Mosk. Allg. Ztg.“ kann nicht so ungeschickt demütigen. Die Redakteure haben gegen die Sitzung vom 2. Oktober überhaupt keinen besonderen Protest erhoben. In jener Sitzung handelte es sich nicht um bestimmte Vorschläge; die Berliner wollten von dem Parteivorstand wissen, in welcher Weise ihnen ein größerer Einfluß auf den „Vorwärts“ vom Vorstande eingeräumt werden würde. Daß die Hinanwerfung von einigen Redakteuren keine Vermehrung des Einflusses der Berliner bedeutet, ist klar; denn schon bisher konnten die Berliner einstellen und kündigen, wen sie wollten. Die sämtlichen Einstellungen der letzten Zeit sind Vorschläge Berlins, zum Teil gegen die Vorschläge des Vorstandes. Darum konnte es sich also nach dem Willen der Berliner in der Sitzung vom 2. Oktober in erster Linie nicht handeln. Weil aber der Vorstand, vertreten durch Bebel, nicht geneigt war, einen tatsächlichen größeren Einfluß den Berlinern zu gewähren, deshalb mußte die Redaktion erhalten, deshalb wurden von ihm die schärfsten Mittel angeordnet. Wir haben uns zunächst nicht über die Geheimnistuerei bei der Sitzung vom 2. Oktober, sondern darüber beklagt, daß wir von den Preßkommissionen-Sitzungen der folgenden Zeit ausgeschlossen worden sind, in denen ganz bestimmte Vorschläge gemacht und ganz bestimmte Beschlüsse gefaßt worden sind, und für diese Aussperrung trägt der Vorstand ganz ausschließlich die Schuld.

Am 5. Oktober erhielt die Redaktion folgende Postkarte:

W. G. Zu der am Freitag den 6. d. M. an bekannter Stelle stattfindenden Sitzung der Preßkommission erlaubt sich einzuladen.

Berlin, den 4. Oktober 1905. D. Büchner.

Auf Grund dieser Einladung erschienen wir in der Kommission, und es war der Vorstand, der unsere Ausschließung von der Preßkommission verlangte und durchsetzte. Die Vorschläge des Vorstandes in dieser Sitzung vom 6. Oktober sind in der Denkschrift ebenso falsch wiedergegeben, wie sie in unserer Aufklärung korrekt dargestellt waren. Wenn uns vorgeworfen wird, daß wir aus trüben Quellen geschöpft hätten, so haben wir wenigstens die Wahrheit geschöpft, während es dem Verfasser des Vorstandsberichts nicht gelungen ist, eine genaue Darstellung von Vorgängen zu geben, die er selbst in erster Linie veranlaßt hat. Zunächst wird verschwiegen, daß der Vorstand in der Sitzung vom 6. Oktober auch die Kündigung des Kollegen Wegler be-

auftrag hat, wenn auch nicht die sofortige Kündigung. Die Privilegien, die Genossin Lügemburg im „Vorwärts“ genießen sollte, sind vollkommen falsch wiedergegeben. Wenn es nach dem Willen und der Anregung des Vorstandes gegangen wäre, der ja wohl nur die Bedingungen der Genossin Lügemburg selbst wiedergab, so wäre die Redaktion gebildet worden, zwei Artikel der Genossin wöchentlich abzulesen und unverändert aufzunehmen. Nach dem Vorschlage des Vorstandes sollte für den Fall, daß die Redaktion mit dem Inhalt dieser Artikel sich nicht identifizieren könnte, der Ausweg gewählt werden, daß der Name Rosa Lügemburg unter die Artikel gesetzt würde. Die Preßkommission dagegen war verständiger als der Vorstand: sie sah ein, daß derartige Zwangsvorstellungen einer anständigen Redaktion nicht zugeordnet werden könnten, und auf ihren Einspruch erst verhängte man sich auf das Verfahren, das in der Denkschrift hinsichtlich der Artikel der Genossin Lügemburg angedeutet ist; ein Verfahren übrigens, das auch immer noch eine ungehörige Bevorzugung eines einzelnen Mitarbeiters bedeutet.

Daß der Vorstand, nicht die Preßkommission, die Verantwortung für die Aktion trägt, daß gerade die Preßkommission bei weitem nicht so ungehörige Auffassungen zeigte wie der Vorstand, geht aus dem Eingeländnis in der Denkschrift hervor, daß die Preßkommission es für unzulässig hielt, die „kleinen Redakteure“, die für die politische Haltung am allerwenigsten oder gar nicht verantwortlich waren, dafür zu bestrafen, daß die „Großen“ gebührend. Der Vorstand aber schonte sich nicht, diese Methode der Hinrichtung von Stellvertretern nach christlicher Sitte in Empfehlung zu bringen.

Mit welchen Mitteln in dieser Sitzung der Vorstand zur Erreichung seiner Zwecke gearbeitet hat, für die er jetzt die Berliner Parteigenossen verantwortlich zu machen bemüht ist, mag aus der folgenden Einzelheit ersicht werden. Genossin Bebel erklärte in dieser Sitzung dem Sinne nach und auch ziemlich wörtlich: „Rachist habe ich selber radikal gehandelt und erst, als er im „Vorwärts“ eine gestörte Stellung zu haben glaubte, hätte er sein waches Gesicht gezeigt. Diese Verleumdung eines christlichen Parteigenossen geschah in der Absicht, die Partei zu spalten, sie wurde ausgesprochen zur Erreichung gewisser Zwecke, ohne daß der Beschuldigte irgendwie sich verantworten konnte, ja, wenn es nach der Absicht des Genossen Bebel gegangen wäre, hätte er auch niemals davon gehört, mit welchen Mäusen hinter seinem Rücken die Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“ beauftragt wurden. Da die Behauptung Bebel's selbst ganz und gar unwahr ist und durch nichts bewiesen werden kann, so war es allerdings sehr klug, über diese Sitzung ein fürchterliches Schweigegebot zu verhängen. Aber der Parteivorstand kann durch derartige Schweigegebote ebensowenig den Sieg der Wahrheit verhindern, wie man etwa die Sozialdemokraten durch den Verfassungsschutz von den Landtagen auszuschließen vermag.“

Mit einer geradezu brutalen Naivität wird in der Denkschrift ferner angegeben, daß man in dem Augenblick, wo man sich der Erkenntnis nicht mehr verschließen konnte, daß jede willkürliche Maßregelung einzelner Redakteure die Soliditätserklärung aller anhängigen Kollegen zur Folge haben würde, auf den Ausweg verfallen sei, namentlich alle n Redakteure zu kündigen und jedem einzelnen die Wiederbewerbung freizustellen. Es wird ferner angegeben, daß dieser Beschluß vom Freitag, d. 20. Oktober bereits am Montag, den 23. Oktober zur endgültigen Erledigung kommen sollte. Das ist die Methode der Aussperrung in schärfster und widerwärtigster Form. Bebel erklärte auch ganz offen in der Sitzung vom 23. Oktober, daß man die vier gefinnungsgläubigen Redakteure natürlich wieder angenommen hätte. So geschieht, das voraussetzen, waren aber auch die weniger gefinnungsgläubigen Redakteure, und das war ein Grund, wenn auch nicht der entscheidende Grund, warum sie durch die rasche Kündigung in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ den feindlichen Plan durchkreuzten.

Zu den unwürdigen Überheblichkeiten, mit deren Veröffentlichung die Denkschrift die Parteilichkeit aufs schwerste kompromittiert, gehört die famose Geschichte, daß bei der Preßkommissionssitzung vom 6. Oktober ein Redakteur getuschelt hätte. Wir erwähnen diese Behauptung nur deshalb, weil auch dieses alberne Märchen vom Parteivorstand in die große Öffentlichkeit hinausgeschoben worden ist, ohne daß der Beschuldigte — gemeint ist der Reichstagsabgeordnete Gradnauer — auch nur erfährt, welchen schändlichen Verhaltens man ihn beschuldigt. Im übrigen können wir versichern, daß das Saufchen viel raffinierter organisiert worden ist; denn gerade der des Saufchens beschuldigte Kollege war ganz ahnungslos hinsichtlich der Vorgänge, und wurde später erst von den Kollegen unterrichtet, die während der Sitzung in einer 15 Minuten entfernten Kneipe vergnügt beisammen saßen und von dort aus alles haarklein erläutern konnten. Selbst die eisernen Türen, hinter die der Behebstand der „Vorwärts“-redaktion sich nach der Entdeckung des Saufchens zurückgezogen hatte, haben also nicht verwehrt, die Wahrheit abzuklären.

Entscheidend jedoch war für sie, wie wir schon in unserer „Aufklärung“ darlegten, der Umstand, daß wir die Verpflichtung fühlten, die Öffentlichkeit der Parteigenossen zu klareren, die genau so wie die Redakteure selbst an der Teilnahme der Beratungen und an der Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern, verhindert waren.

Wenn die Denkschrift den Redakteuren zum Vorwurf macht, daß sie die Tatsache ihrer Kündigung an die Spitze des politischen Textes gesetzt haben, so lohnt es sich nicht, auf diesen überflüssigen Scherz einzugehen. Wir haben unsere Stellung am „Vorwärts“ niemals als eine persönliche Angelegenheit, sondern immer als eine Parteiangelegenheit betrachtet, und wie hatten wirhin das Recht, eine die ganze Situation der deutschen Sozialdemokratie blutig erhellende Angelegenheit als eine politische Aktion aufzufassen, bei der wir am allerwenigsten, wie wir schon eingangs angedeutet haben, irgend welche persönliche Vorteile verfolgen konnten, man müßte uns denn für Unzurechnungsfähige halten. Wir haben unsere Stellung nicht mißbraucht.

Es wird uns dann noch weiter zum Vorwurf gemacht, daß wir gegen den Parteivorstand in der Öffentlichkeit Situationsklagen machen wollten, und daß diese Klagen, wie die bürgerlichen Zeitungen bewiesen, erreicht worden sei. Wenn dieser Vorwurf einen Sinn haben soll, so kann er nur bedeuten, daß wir die Absicht gehabt hätten, die bürgerliche Presse mobil zu machen. Um dieses armlehige Argument sich nicht ergehen zu lassen, hat man uns also wohl gewaltiam verhindert, der bürgerlichen Presse das zu sagen, was wir für nötig hielten. Darum hat man also am 27. Oktober nächsterwelle die folgende, von zwei Vorstandsmitgliedern zuvor gelesene und gebilligte Notiz — auf ihren Rat nahmen wir sogar eine Veränderung des Textes vor — gewaltiam befehlen:

„Die bürgerliche Presse bringt auf Antrag des „Vorwärts“-Vorstandes Beside und laute Entwürfen über die Meinungslosigkeit in der Sozialdemokratie. Wir danken den Kollegen von der bürgerlichen Presse für ihre Bemühungen, ersuchen sie aber, sich nicht unnötig in Unkosten zu fügen. Für die Meinungslosigkeit der Presse in der Sozialdemokratie treten wir schon selbst, wie gerade das gegenwärtige Beispiel zeigt, mit allem möglichen Nachdruck ein, und wir haben auch heute noch nicht den mindesten Zweifel, daß die Sozialdemokratie in diesem Falle die begangenen Irrtümer korrigieren wird. Wenn in dem ersten Falle, wo in der Sozialdemokratie noch der Ueberzeugung der Bestätigung das Prinzip der Meinungslosigkeit bedroht ist, sofort eine derartige energische Aufklärung erfolgt, so ist das wohl demis genug, daß die Partei als solche nicht für die Fügige Einzelner verantwortlich gemacht werden kann. Wenn aber in der bürgerlichen Presse das Recht der Meinungslosigkeit wirklich in derselben Weise bekräftigt werden würde, wie in der Sozialdemokratie, so hätte die kapitalistische Presse schon längst keinen einzigen Redakteur mehr.“

Uegenüber der verblüffenden Grausamkeit, die bei dieser Gelegenheit in der bürgerlichen Presse zutage tritt, wirkt es ordentlich erschreckend, daß sich ein Blatt findet, das sich doch zu dem bekant, was in der bürgerlichen Presse wirklich Sitte ist. Die „Post“ nämlich des seligen Stimm nennt das Verlangen der sechs „Vorwärts“-Redakteure, an den Sitzungen des Parteivorstandes und der Preßkommission teilzunehmen, „ebenso überflüssig wie naiv“. Das Scherzorgan schreibt:

„Ueberall ist es zur Sitte, auch recht und billig, daß Leute, deren persönliche Verhältnisse von einer übergeordneten Instanz behandelt werden, nicht zugegen sind, weil sich in ihrer Gegenwart niemand frei und unbefangenen äußern könnte. Sowohl Lob wie Tadel würde bei Anwesenheit derjenigen, über dessen Verhältnisse ein Kollegium berät, wesentlich abgeschwächt werden. Was die „Vorwärts“-Redakteure hier also verlangen, ist ganz unberechtigt, und wenn sie die demokratischen Prinzipien dafür ins Feld führen, so beweisen sie damit eben nur wieder einmal, wie dumme eine schrankenlose Ausdehnung demokratischer Prinzipien ist.“

Was die „Post“ hier ausblendet, ist in der Tat Grundlag bei der bürgerlichen Presse. Bisher aber gab es in der Sozialdemokratie nur gleichberechtigte Parteigenossen, die sich offen und ehrlich einander ins Gesicht sagten, was sie aneinander auszusetzen hatten und was sie miteinander planten.“

Vielleicht aber hat man noch einen andern Grund gehabt, um diese Notiz zu vernichten. Wir konnten freilich, als wir jene Bemerkung über die bürgerliche Presse schrieben, nicht ahnen, daß der Parteivorstand als einziges Argument für die Ausschließung der Redakteure von den Sitzungen denselben Gedanken später äußern würde, wie ihn zuvor schon die „Post“ ausgesprochen hatte. Wahrscheinlich hat der Parteivorstand damals bereits in seinem Kopfe diesen Beweisgrund gewährt, und es war ihm deshalb peinlich, ihn zuvor durch ein „Post“-Zitat bekannt werden zu lassen.

Weltläufig ist auch die Behauptung falsch, daß die Aufnahme der erwähnten Notiz zu recht verhindert ist. Die Bedingung, daß 3 Redakteure das Einspruchsrecht haben, ist nicht erfüllt worden, sofern man nicht die Kollegen Cunow und Ströbel als drei Personen werten will. Die Aufnahme unserer Notiz ist, wie gesagt, zuvor von den beiden anwesenden Vorstandsmitgliedern gebilligt worden, ist also widerrechtlich gehindert worden.

Ueberhaupt hat die Mehrheit der „Vorwärts“-Redaktion in der ganzen Angelegenheit keine Zeile in das Blatt gegeben, ohne vorher den Parteivorstand rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Unser Entgegenkommen ging so weit, daß wir auf Wunsch von Parteivorstandsmitgliedern unseren „Aufklärungs“-artikel sogar 24 Stunden zurückstellten, um dem ganzen Parteivorstand die Möglichkeit zu geben, in aller Gemächlichkeit ihn zu studieren. Dagegen hat die ausgeschriebene Redaktion allerdings sowohl die Tatsache der Annahme ihrer Kündigung erst aus dem „Vorwärts“ erfahren und soweit die betroffenen Redakteure in den Vororten wohnten und Postabonnenten waren, haben sie von dem Beschluß des 23. Oktober erst durch mündliche Erzählungen erfahren. Desgleichen verließen die sechs Redakteure am Sonnabend den 28. Oktober die Redaktion in dem Bewußtsein, am Montag wiederkommen zu müssen, und sie erfuhren wiederum erst aus dem „Vorwärts“, daß man auf ihre fernere Arbeit verzichtet hätte.

Und warum dies Verfahren? Wir sollten nicht durch „verwirrende Gegenbemerkungen“ die Absicht der Parteilichung durchkreuzen! Nach dieser Auffassung würden wir keiner bürgerlichen Regierung mehr einen Vorwurf machen können, wenn sie die Pressefreiheit aufhebt, damit die Beschlässe des Monarchen und seiner Minister nicht durch verwirrende Gegenbemerkungen einer unbotmäßigen Presse durchkreuzt werden könnten. In Wahrheit hätte man überhaupt keinen einzigen Entschuldigungsgrund für das unerhörte Vorgehen, und deswegen wagte man nicht gegen uns mit geistigen Waffen vorzugehen, solange wir noch in der Redaktion waren. Gewalt ging vor: Recht!

Die Redakteure haben dann selbstverständlich die Parteilichkeit von den Vorfällen unterrichtet. Sie betrachteten das nicht als eine persönliche Angelegenheit, sondern als ein Parteinteresse allerhöchster Art. Wir haben uns lediglich damit begnügt, den zwischen uns und dem Parteivorstand gewechselten Schriftwechsel ohne jeden Kommentar zu verbreiten. Auch diese Aufklärungsarbeit war dem Parteivorstand unangenehm, und so unterbreitete er uns die Notiz, daß wir nicht für „private Worte“ das Personal des „Vorwärts“ benutzen dürften. Es hatte sich nämlich ein Angehöriger der Buchhandlung freundlicherweise nach Schluß seiner Bureauzeit für die Vertiefung des Schriftwechsels zur Verfügung gestellt. Die Denkschrift kündigt, um auch der Zukunft noch etwas übrig zu lassen, Entschuldigungen an „auf weissen Köpfen“ wie diese Informationen der Parteilichkeit bewirkt hätten. Wir glauben, wie gesagt, daß wir mit unsern Informationen in weit höherem Maße ein Parteinteresse als ein persönliches Interesse erfüllt haben, als der Parteivorstand mit seinen Handgebungen, zu denen er ebenfalls das Personal des „Vorwärts“ verweist. Aber zur Verantwortung der Parteilichkeit möchten wir doch sagen, daß wir gelegentlich unsern Anzügen aus dem „Vorwärts“ auch die entstandenen Porto- und Materialkosten am 30. Oktober bereits aus unserer Tasche bezahlt haben, so daß es in der 31. Oktober früh erscheinenden Nummer nichts mehr zu enthalten gab. Wir ahnten nämlich nach all dem Vorhergegangenen, daß den verantwortlichen Mitgliedern des Vorstandes der Drei-Millionen-Partei kein Mittel zu fehlen sein würde, um gegen uns vorzugehen.

Insbesondere hat sich gezeigt, daß die Methode des Vorstandes in dieser Hinsicht wenigstens wohlberichtet war. Nachdem wir aus dem „Vorwärts“ herausgedrängt worden sind, führt die jetzige Redaktion bis zur Erschöpfung einen unermüdlichen Kampf gegen die Wahrheit und die offenkundigsten Tatsachen. Keine Rede davon, die Meinung der Parteilichkeit und der bürgerlichen Wähler — es war ja der Redaktion während der letzten Tage unserer Anwesenheit verboten, Präzedenzen über die Angelegenheit zu bringen — anzusehen und objektiv wiederzugeben. Man benutzte das zur Verfügung stehende Papier, um alles Recht zu verdrängen und alle Tatsachen zu verwirren, und man gibt uns nicht einmal die Möglichkeit, mit der nötigen Sachkenntnis unsere Sache zu verteidigen, die längst nicht mehr unsere persönliche Sache ist, sondern die Lebensfrage der Partei. Wir sind nur zufällige Passanten, bei deren Abwärtung endlich die Arbeit zum offenen Ausbruch gekommen ist, unter der die Partei in den letzten Jahren lübel.

(Schluß in der Beilage.)

Politische Handbücher.

Seitens des...

Zur parlamentarischen Geschäftslage verläutelt man nicht in der Reichsverwaltung damit, daß der Reichstag nach der Wahlperiode die parlamentarischen ersten Sitzungen der großen Gesetzgebungsperiode im Herbst beginnt, erwidert wird. Wenn die Reichsverwaltung wirklich so regiert, so fällt sie dem Reichstag eine Verantwortung, die allerdings präjudiziert werden muß. Die diese Verantwortung entgegen soll, ist völlig unzulässig. Die „Reichs-Zeitung“ bemerkt demnach treffend: „Abgesehen von den Willkürverurteilungen abgesehen, insbesondere alle große Schritte und Entscheidungen des Reichstages, die es bei der vorgerückten Zeit unüberwindlich sein wird, die auf Antrag der Reichsverwaltung und der unzulässigen Eingriffe bis zum Januar zu verlegen.“ Die „Reichs-Zeitung“ behauptet ferner, daß die Reichsverwaltung die Zahl der wichtigsten Vorlagen unterbricht werden kann, in erster Linie der Etat für 1906 ferner die Reichsfinanzreformvorlage und die Militärpensionsreformvorlage. Alle den Reichstag hindern zusammen eingeschoben werden, und ihnen hätte sich nach der neuen Flottenverträge gegenüber, aber weil auf dieser Grundlage angelegte Reichsfinanzreform im Etat für 1906 verfahren werden.

Seine kaiserliche Landratsabteilung, Landrat Gerlach-Kattowitz ernannt, so werden das Reichs-Zeitung, die „Schlesische Zeitung“ zu der Wahlperiode.

daß die Zeitungsmeldungen über die angebliche Bedrohung seiner Person durch einen russischen Grenzposten an der Landesgrenze bei Schabelnka nicht den Tatsachen entsprechen. Diese Verächtlichkeit hat recht lange auf sich warten lassen. Nicht bestritten wird also die Meldung, daß die Feststellungen unter der Leitung des Landrats Gerlach die Richtigkeit der unversöhnlichen Grenzverletzung durch den Kosaken ergeben hätten. Darüber, daß irgend welche wichtige Säuberungen wegen dieser Unversöhnlichkeit erhoben worden seien, verläutelt bis jetzt noch nichts. Die deutsche Regierung hat offenbar Zweifel mit der Fürsorge für die Sicherheit zu tun!

Die Chinesen für Afrika? Eine Korrespondenz meldet: Die geplante Zurückführung der europäischen Garnisonen aus China, zu welchem Ende der deutsche Kaiser die Anregung gegeben hat, dürfte für die deutschen Interessen in Ost- und Südwestafrika von großem Vorteil werden. Es ist in höheren Militärkreisen ein offenes Geheimnis, daß regierungsgemäß geplant werde, die deutschen Besatzungsmannschaften in China nach Abfertigung und Verwirklichung der Anregung Kaiser Wilhelm nach Afrika zu dirigieren und dort zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse zu verwenden. Auch Zahlen werden genannt. So seien für die Kolonien in Afrika 1800 Mann bestimmt, der Rest von 600-800 Mann solle zur Heimat zurückbefördert werden, da eine derartig starke Kolonne von den nicht mehr wirklich selbstverpflichteten sich zusammenstellen lasse. Sollten diese Gerüchte zur Tat werden, so wäre für Afrika eine stattliche Kriegesarmee effektiv, ohne die Hilfe des Reichstages in Anspruch zu nehmen. — Das also wäre des Pudels Kern! Das Ganze ließe darauf hinaus, die afrikanischen Schutztruppen zu verstärken! Es fiele dann nicht nur die bereits freudig gebuchte Expedition von 12 Millionen fort, sondern die Kosten würden im Gegenteil durch die neue Art der Verwendung noch ganz beträchtlich answellen!

Agrarische Machinationen. Die Agrarier arbeiten mit Händen und Füßen, die Fleischsteuerung zwar nicht zu befehligen, wohl aber zu verulken. Zu welchen Mitteln sie dabei greifen, um die Behauptungen von dem Befehlen einer Fleischnot zu entlasten, das zeigt ein Vorgang, der sich kürzlich in der Preisnotierungskommission des Hannoverischen Viehhofes abspielte. Diese Kommission besteht außer dem Direktor des Schlacht- und Viehhofes aus zwei Vertretern der Landwirtschaft und je einem Vertreter der Viehhändler und der Fleischverarbeitung. Vieles haben die beiden zuletzt genannten Vertreter den beiden Vertretern der Landwirtschaft gegenüber gegen zu niedrige Preisnotierungen zu kämpfen. So waren beispielsweise am 23. Oktober 57 Ballen vorhanden, die teilweise zu Preisen von 75 bis 82 Mark pro Zentner verkauft wurden. Trotz des Widerspruchs des Fleischverarbeitungsvertreters sollte demgegenüber ein Preis von nur 70 Mark notiert werden; der Sanierungsvertreter erreichte lediglich, daß 70 bis 72 Mark mit der Bemerkung „einzelne höher“ notiert wurden. Er hat danach festgestellt, daß von den 57 Ballen tatsächlich nicht weniger als 7 zu 73 Mark, 5 zu 74 Mark, 2 zu 75 Mark, 2 zu 77 Mark und 2 zu 82 Mark pro Zentner verkauft wurden — das sind 18 Ballen, also fast der dritte Teil aller Tiere, die teurer als zu der in der amtlichen Notierung angegebenen Höchstsumme umgekehrt worden sind. Die Notierungskommission nennt das: „einzelne höher“! Die die Notierungskommission dem Verlangen des Sanierungsvertreters nach höherer Notierung der Ballen nicht nachgegeben ist, so hat er dem „S. R.“ zufolge sich beschwerend bei der Regierungspräsidenten gewandt. Bis zur Entscheidung dieser Beschwerde wird der Sanierungsvertreter an den Notierungen der Kommission nicht teilnehmen. — Wenn auf ähnliche Weise bei den Erhebungen der Landwirtschaftskammer über die Viehtierhaltung verfahren worden ist, dann könnte man sich nicht wundern, wenn Herr Bobbelski schließlich triumphiert verfahren kann: „Eine Viehtierhaltung, jib's ja ja nicht!“ Im Übrigen kann dieses agrarische Gebahren nicht besser gekennzeichnet werden als durch das gute deutsche Wort: Schwindel!

Folgen des Fleischwunders. Der Pferd fleisch Konsum hat infolge der Fleischnot in vielen Städten stark zugenommen. In Erfurt hat er sogar eine solche Höhe erreicht, daß es dort und in der Umgegend an Schlachthöfen mangelt. Die Rostschlächter sind genötigt, um den Fleischbedarf zu decken, beim Einkauf des Schlachttieres 40 Mark und darüber für den Zentner zu bezahlen. — Die Fleischnot zieht übrigens schon jetzt auch eine Brotteuerung nach sich. Aus Erfurt wird weiter gemeldet: Infolge der höheren Roggenpreise und des durch die Fleischnot gestiegenen Preises des Weizens sind die diesjährigen Preise eine allgemeine Erhöhung der Brotpreise. Das alles sind nur schwache Beispiele des, was uns das nächste Jahr wie den neuen Handelsverträgen bringen wird....

Rußland.

Nicolaus hat sich jetzt — nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Willen — veranlaßt gesehen, eine gewisse Amnestie zu erlassen. Dinstags wird hierüber gemeldet: Der kaiserliche Amnestie-Urteil zählt gewisse Kategorien politischer Verurteilter auf, die vollstän dig begnadigt werden; bei anderen zu schwereren Strafen verurteilten Personen treten große Straferlassungen ein. Die erlassene Amnestie umfaßt auch alle bis zum 30. Oktober gegen die Person des Kaisers oder gegen die Mitglieder des Kaiserhauses verübten Verbrechen, sowie auch Verbrechen der Teilnahme an zu Unrecht verurteilten Geheimgesellschaften. Viel gutes ist von dieser Amnestie nicht zu erwarten. — Die „Kosakische Wacht“ schreibt über die Amnestie: Vom Jahre 1825 bis zum 30. Oktober 1906 kam es der Anzahl an konstitutionelle Freiheiten. Ein Teil der sich selbst anspornenden Kämpfer ist tot. Still steht heute die Heimat der Kosaken. Andere schmachten noch in Kerkern und Bergwerken in der Verbannung. Ihnen magte gegeben werden. Daher begrüßen wir die erlassene Amnestie. Ein nächster Blick auf die darin angeführten Artikel des Kaisererlasses überträgt von dem großen Umfang der Amnestie.

Sein Bitte empfing drei Mitglieder des Zentralprellkomitees, sowie des Präsidenten des Reichstages der Eisenbahnen.

gieren; er ermächtigte sie, alle Bahnstrecke Komitees telegraphisch zu benachrichtigen, daß ihre Forderungen bewilligt sind. Sonnabend fand eine Beratung von Eisenbahn-Angestellten über die Beendigung des Ausflusses statt. Die Bahn sollte nachmittags um 1 Uhr den Momenten ihre Fahrten wieder aufnehmen. — Meldungen darüber, ob resp. inwieweit der Ausfluß aufgehoben ist, liegen noch nicht vor. Hoffentlich lassen sich die Arbeiter nicht auf den Lohn locken.

Zugwischen nehmen die Juden mehr und mehr, die von der Reaktion bekanntlich in Genesung sind, ungehörig ihren Fortgang. Aus den verschiedenen Städten kommen Nachrichten von argen Schicksalen. Auch das Militär nimmt, wie nicht anders zu erwarten, Stellung gegen die Juden. Aus Piewo wird gemeldet: Seit bereits vier Tagen ist hier Aufruhr und Plünderung an der Tagesordnung. Das Militär beschützt die Häuser der Juden, weil diese den Plünderern mit bewaffneter Hand Widerstand entgegenzusetzen. Der Direktor der Reichsbank Filiale telegraphierte an Witte, daß er wegen der passiven Haltung des Militärs jede Verantwortung für den Schuß der Bauern abweisen müsse. Dieses Telegramm veranlaßte den General Maworn etwa 190 Plünderer zu verhaften. Diese Maßregel hat die Plünderer etwas erschreckt und infolge dessen haben die Räubereien nachgelassen.

Witgen Umfang die Juden schlichter ereignen bereits angenommen haben, erzieht man aus folgenden Nachrichten: Der Hilfsverein der deutschen Juden in Berlin erhielt aus den verschiedenen Teilen Russlands telegraphisch die Bestätigung von wachsenden grauenregenden Juden-Verbrechen, die unter Billigung der Behörden stattfinden. Der Verein plant eine europäische Hilfsaktion. — Die russischen Studenten in Genesung erregte Versammlungen ab, in denen die russische Regierung stark angegriffen und ihre Ehrlichkeit in Bezug auf die Konstitution bezweifelt wurde. Ein Versuch, vor dem russischen Konsulat eine stürmische Versammlung abzuhalten, wurde durch die „Wachsamkeit“ der Genesung Polizei vereitelt. Keine Polizei in einem republikanischen Staatsleben!

Weiter verzeichnen wir folgende Meldungen: Fast hundert finden in Wlinsk Beerdigungen von Leuten statt, die den letzten Unruhen zum Opfer gefallen sind. Die Leichen werden auf Droschken fortgeschafft. Auf dem Kaiserlichen Friedhofe lagen 54 Leichname. Die Arbeiter haben für die Getöteten eine dreitägige Trauer angeordnet. In den öffentlichen Anstalten ist die Arbeit eingestellt.

In Riga fand eine Massenkundgebung statt, an der 150 000 Personen teilnahmen. Von 34 Tribünen und in sieben Sprachen wurden Reden über die Bedeutung des Manifestes gehalten. Die Truppen wurden mit den Rufen: „Es lebe die Armee!“ begrüßt.

In Moskau erobert immer stürmischer die Forderung, die Kosaken aus der Stadt zu entfernen, eine Forderung, die nach dem Inhalt der nachfolgenden Meldung wohl begründet finden kann: Die in Gegenwart des Rektors, des stellvertretenden Bürgermeisters und dreier anderer angegebener Bürger aufgenommene Untersuchung der bekannten Katastrophe ergab, daß aus der Manege 30 Kosaken auf Befehl eines Unteroffiziers gefeuert haben, wobei mehr als 80 Patronen verschossen wurden. Die Kosaken erklärten ihre Handlungsweise damit, daß sie überhaupt Manifestanten nicht aussetzen könnten. Auf das Ersuchen der Stadtduma, die Kosaken aus der Manege zu entfernen, antwortete der Generalgouverneur, er habe prinzipiell dagegen nichts einzuwenden, einwilligen sei es aber unmöglich. Die Duma beschloß, in der Nähe des Stadtzentrums andere Räume für die Unterbringung des Militärs ausfindig zu machen und die Manege mit Genehmigung des Kriegsministers für Volksmeetings zur Verfügung zu stellen. Endlich beschloß die Stadtduma um Unterordnung der Polizei unter die Kommunalbehörde, Entbindung der Kosaken vom Polizeidienst und gerichtliche Verfolgung des Metropolitens wegen seiner Hypochondrien zu petitionieren.

Die letzte Meldung besagt, daß die Zustände in Moskau unhaltbar sind. Verachtet wird hierzu: Es ist lebensgefährlich, die Straßen zu betreten, nur im äußersten Notfall wagt man, die Wohnungen zu verlassen. Jeden Augenblick ziehen patriotische Manifestanten, sogenannte Monarchisten, in der Hauptstraße Hausen Lampenstängel und betrunkener Hausknechte, durch die Straßen mit Fahnen, Kaiser- und Zeltgeräten. Wer vor diesen Volkshäufen nicht sein Haupt entblößt, wird zum Krüppel geschlagen oder getötet. Die Wut des Pöbels leht sich besonders gegen die Studenten; täglich werden mehrere von ihnen unter den schreulichsten Mißhandlungen getötet, in Stücke gewissen und im Fluss extrahiert. Soeben wird von einem Gemeindeglied in der Ingenieurkademie berichtet, das von der „schwarzen Bande“ und den Kosaken verbrüt wurde. Die Erregung in der Stadt ist unbeschreiblich.

Die „Zensur“ ist aufgehoben, fragt mich nur nicht zu viel! Aus Warschau liegt folgende Nachricht vor: Die hiesigen Zeitungredaktionen erhielten von dem Generalgouverneur Skalow den Befehl, sich der Zensur in der bisherigen Weise zu unterwerfen, widergegensätzlich sie geschlossen werden würden. In einer gemeinschaftlichen Beratung der Redaktionen wurde darauf beschlossen, die Herausgabe der Zeitungen einzustellen, bis die Zensur aufgehoben würde. Der Streik nimmt hier wie in ganz Polen immer größere Ausdehnung an. Das gesamte Bahnpersonal hat die Arbeit niedergelagt. Die Zuckfabriken stehen still; die Banken, die großen Cafés und Hotels sind ebenfalls außer Betrieb, da die Angestellten an der Bewegung teilnehmen. Alle nationalen Parteien vereinigten sich zu einem Manifest, der unter Teilnahme von 200 000 Personen mittags vom Johannes-Denkmal zum Mickiewicz-Denkmal zog, wo Reden gehalten und nationale Lieder gesungen wurden.

Die russische Reaktion beabsichtigt jetzt angesichts, auch in Finnland ein Gemüsel des Schreckens zu kultivieren. Nach einem in Kopenhagen veröffentlichten Telegramm des dänischen Generalkonsuls in Helsingfors ist eine große russische Militärabteilung in der Stadt verteilt. Das russische Geschwader ist in den inneren Hafen eingelaufen. — „Schwaber“ klingt sehr stolz. Gemeint sind damit ein paar Schiffe, die bei der Abfahrt der baltischen Flotte nach Ostasien wegen Verantwortlichkeit zurückbleiben mußten. Weiter wird gemeldet: Der Zar bewilligte am 3. d. M. die Petition wegen Einberufung eines außerordentlichen

finländischen Landtag auf den 20. Dezember, um die Grundlagen des Landtagswahlrechts zu revidieren. Das Manifest vom 15. Februar 1899 über die gemeinsame Gesetzgebung für das ganze Reich sowie alle nach 1899 erlassenen Gesetze sind aufgehoben. Das finnländische Wahlrecht hat wesentliche Mängel; es hat zur Grundlage eine Entfaltung nach Ständen, wie sie in keinem konstitutionellen Lande besteht.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlreform marschiert! Sonnabend erschien in der „Wiener Abendpost“ eine offizielle Note, worin die Regierung das allgemeine Wahlrecht zugesagt. Es heißt: Die Wünsche nach einem allgemeinen Wahlrecht hätten auch durch Vorgänge in anderen Staaten mannichfache Unterstützung gefunden. Doch für die sichere und ernste Vorarbeit für die Reife des öffentlichen Lebens notwendig. In der Presse und in Versammlungen sollten der freien Diskussion keine Grenzen gesetzt werden, doch müsse die Wahlrechtsbewegung in den Schranken des Gesetzes bleiben. Das Parlament, nicht die Straße, sei der Ort der Entscheidung. — Diese Note bedeutet einmal ein bestimmtes Versprechen, dann aber geht auch die Angst aus ihr hervor, von der die Regierung besetzt ist vor der Bewegung der Masse. Zu Sonntag vormittag hat die Forderung der sozialdemokratischen Partei die Wiener Arbeiter zu einer neuen Demonstration auf dem Ring angerufen. In dem Aufruf heißt es: Der Kampf um unsere Rechte geht weiter trotz alledem und wird nicht enden, bis der Sieg unser ist! — Durch die offizielle Note sollen die Arbeiter, die durch die Polizeibrutalität von Donnerstag nacht aufs äußerste erhitert sind, offenbar beruhigt werden. Wie groß die Furcht vor der provozierten Erbitterung der Arbeitermassen ist, beweist die Tatsache, daß der Ministerpräsident Gautschi auch seine Privatwohnung durch versteckte Polizisten bewachen läßt.

Eine Miefendemonstration der Arbeiterschaft fand am gestrigen Sonntage in Wien statt, die, wie selbst der „Hambg. Corresp.“ melden muß, der Disziplin der Arbeiterschaft alle Ehre machte. Dem gen. Blatt wird darüber aus Wien von gestern berichtet: Die heutige Arbeiterkundgebung gestaltete sich außerordentlich großartig. Man schätzte die Menge der Demonstranten auf etwa 80000. Der Tramwayverkehr war teilweise eingestellt. Als sich die Menge in der Nähe des Reichstagsgebäudes versammelte, besetzten Polizeibteilungen sofort die Zugänge zur Burg und bildeten ein starkes Spalier längs des Volksgartengitters. Um 10 Uhr marschierten die Arbeiter unter Einwirkung roter Fahnen durch die Straßen. Auf der Freitreppe der Unterstadt standen slavische, italienische und sozialistische Studenten und schwenkten rote Fahnen. Außer einem russischen Arzt hielten die Sozialistenführer Schumeter und Adler kurze Reden. Diktator sagte, die großartige, friedlich verlaufene Demonstration sei ein Beweis, daß das Volk seine Forderungen aufrecht erhalte, keine Regierung könne verweigern, was das Volk als sein Recht fordere. Gegen 11 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde das Volk zum Abzug gegeben. Der ganze Umzug verlief ohne Störung.

Auch in Prag und Krakau fanden gestern großartige Demonstrationen zugunsten des allgemeinen Wahlrechts statt. In Prag, wo 50000 Menschen auf der Straße waren, kam es leider zu einem blutigen Zusammenstoß, der — nach „berühmten“ Mustern — jedenfalls von gewisser Seite inszeniert worden ist. Es wurden rassistisch „aus der Menge“ plötzlich 7 Revolver in die Höhe abgegeben, die die Polizei zum Blankziehen und Feuer veranlaßten; 2 Personen wurden tödlich, zahlreiche andere mehr oder minder schwer verletzt. Darauf errichtete das Volk Barrikaden, von denen aus mit Revolvern auf die Polizei und das Militär geschossen wurde. Schließlich wurden die Barrikaden gestürmt. Wie man mit den Barrikadenkämpfern verfahren ist, wird wohlweislich verschwiegen. — Glauben denn die Gewalttäter in Oesterreich wirklich, daß sie den Kampf des Volkes um ein freies Wahlrecht mit der Pike und dem Säbel gewaltsam unterdrücken können? Haben sie denn gar nichts von den Vorgängen in Rußland gelernt?

In Krakau fand gestern eine große Versammlung der polnischen Parteigenossen statt, in der beschlossen wurde, für einen Tag die Arbeit ruhen zu lassen. Nach der Versammlung erfolgte ein Umzug mit roten Fahnen.

Südböhmen und Nachbargebiete.

Montag, den 6. November.

Eine große öffentliche Bürgerschaftswähler-Versammlung, die auch aus den Kreisen des Bürgerturns zahlreich besucht war, tagte am Sonntag vormittag im Vereinshaus. Nachdem das Wahlkomitee des Sozialdemokratischen Vereins mit der Leitung der Versammlung beauftragt war, ergriß Genosse Wisse das Wort zu seinem Referat über die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen. Redner betonte eingangs seiner Ausführungen, daß die Beschlüsse der Bürgerschaft in der jüngsten Vergangenheit, die nicht dem Gemeinwohl, sondern gemeinem Sinn entsprungen sind, jeden Arbeiter unbedingt zu dem Bewußtsein bringen müssen, daß es für ihn nur eine Seite gibt, auf die er sich zu schlagen habe, nämlich die Sozialdemokratie. Man hat ein Wahlrecht geschaffen, das nicht die Person, sondern den Geldsack Stimmen verleiht. Und nicht nur, daß man eine große Zahl von Bürgern mindern Rechts macht, nein, auch das beschlossene Gesetz hat durch den Bürgerausschuß eine Auslegung erhalten, die dem klaren Wortlaut desselben widerspricht. Obwohl Bürger vier Jahre hintereinander Steuern zahlten, wurden sie vom Wahlrecht ausgeschlossen, weil sie in einem Quartale keine Steuern gezahlt haben. In einer Zeit, wo es sogar der „unbeugsame Wille“ des Zaren ist, allen Angehörigen seines Reiches die gleiche Wahlberechtigung zu gewähren, beschneidet man daselbe den Bürgern der demokratischen Republik Südböhmen. Hier gilt der Grundsatz: Ein Recht zum Leben, d. h. zum politischen Leben, Lump, haben nur, die etwas haben. In verschiedene Gemeinden ist gerade erst durch die Sozialdemokraten etwas sozialer Geist hineingetragen worden. Auch hier in Südböhmen soll das geschehen, und zwar auf Grund eines festen Programms, in dem klar und deutlich gesagt wird, was wir wollen. Wir verlangen in erster Linie als Recht eines jeden Bürgers das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, weil es die erste Voraussetzung zu allem Fortschritt ist. Nur durch die Freiheit kann ein Volk zur Freiheit er-

zogen werden, sagt mit Recht ein dänischer Professor. Wir fordern jedoch auch, daß ein Mann von 20 Jahren, der reif ist, das Vaterland mit seinem Blut zu verteidigen, das Wahlrecht erhält. Wir fordern weiter, daß das Wahlrecht nicht durch den Bezug von Unterstützungen aus Staatsmitteln dem Bürger entzogen werde, denn dadurch wird der arme mit dem Verbrecher, der Ehrverlust erhalten hat, auf eine Stufe gestellt. Vieles trifft die Kommune selbst die Schuld, wenn Leute infolge Arbeitslosigkeit Armenunterstützung in Anspruch nehmen müssen, und ich erinnere hierbei nur an das Notstandsjahr 1902, wo in der Bürgerschaft ein kluger Senator erklärte, es gibt keinen Notstand. Der Bericht der Armenanstalt und der Steuerbehörde bewies uns jedoch das direkte Gegenteil. Gegen unsere Forderung können nur kleinliche Geister und niedriger Sinn etwas einwenden. Wir sind für die Zahlung von Diäten, damit ein jedes Bürgerschaftsmitglied für seine Mühewaltung entschädigt wird. Die Bürgerschaft ist Mitträgerin der Staatsgewalt, und wie die Mitglieder des Senates Entscheidung erhalten, so muß dieselbe auch den Bürgerschaftsmitgliedern gewährt werden. Wir fordern ferner eine kufenweise steigende Einkommensteuer, weil dieselbe eine gerechte Belastung der Einwohner bedeutet. Als Grundmittel, eine künftige Ausführung des Wahlrechts herbeizuführen, ist eine gute Volksschule ohne konfessionelle Anhängsel zu bezeichnen. Das hat auch bereits die Bremer Lehrerschaft erkannt, denn sie fordert Trennung der Kirche von der Schule. Wir können es auch nicht gut heißen, wenn der Staat jetzt der katholischen Schule besondere Zuwendungen gemacht werden. Wer religiösen Unterricht genießen will, mag sich an seine Kirche wenden. Wir fordern auch, wie es schon vor hundert Jahren der große Sohn Königsbergs, Kant, getan hat, eine allgemeine Volksschule, damit in Zukunft die Redensart von den Gebildeten und Ungebildeten jede Berechtigung verliert. Die stärkste Verurteilung der Volksschulen liegt übrigens darin, daß man für die höheren Schulen besondere Vorschulen geschaffen hat, da die Volksschulen hierfür nicht genügen. Weil das höchste Vermögen des Staates die Intelligenz seiner Angehörigen ist, muß auch die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel gefördert werden, damit Jedermann die Möglichkeit hat, seine Kinder in bessere Schulen schicken zu können. Wenn man den freien Volksschulen vielfach den Charakter von Armenthulen beilegt, so ist zu beachten, daß gerade der Staat für die höheren Schulen den höchsten Zuschuß bezahlen muß; daß also gerade die bestsituierten Leute die erhöhte Staatsunterstützung erhalten. Wir fordern, daß die Staatsarbeiten und Staatsbauten in eigene Regie genommen werden sollen; wenn vielleicht dadurch die Bauten nicht billiger werden, so wird doch durch dieselbe die Wohlfahrt der Arbeiter gefördert, und darauf kommt es wesentlich an. Durch das bestehende Submissionswesen werden die Löhne nur gerückt. Wir wollen natürlich nicht, wie es gegenwärtig bei verschiedenen Staatsbauten, die noch nicht einmal fertig sind, der Fall ist, Arbeiter anstellen, die nur Abänderungen und Probierrungen vorzunehmen haben. Kürzlich hat der Staat bei der Anstellung eines Beamten von dem Bewerber verlangt, daß er aus seiner gewerkschaftlichen Organisation austrete. Das ist unmoralisch, zumal wenn man bedenkt, daß das Koalitionsrecht gesetzlich gewährleistet ist. Wir fordern auch Errichtung einer Arbeitskammer; hätten wir dieselbe bereits im Notstandsjahr gehabt, so hätten wir damals an maßgebender Stelle noch wirksamer unsere Meinung vertreten können. Auch die andern Forderungen unseres Programms sind von uns eingehend zu begründen, doch kann ich hier nicht im einzelnen auf dieselben eingehen, da die Zeit dafür mangelt. Es wäre auch noch manches in bezug auf das Gerichts- und Wohnungswesen zu erinnern. Schon der Name Hopfenstedt wird unwillkürlich ein Rechtsempfinden im Volke hervorrufen, das im Gegensatz steht zu den Entscheidungen des Gerichts, welche er präsidiert. Natürlich soll nicht damit gesagt werden, daß die Kammer Hopfenstedt nicht ihre Entscheidungen nach besten Wissen und Gewissen trifft. In einem Erkenntnis des Oberlandesgerichts wies Redner nach, daß unser Gericht durchaus nicht auf der Höhe steht. In großen Zügen habe ich eben unsere Forderungen entwickelt; wer will, daß sich unsere Gemeinde mit sozialem Geist erfüllen soll, der hat für unsere Kandidaten zu stimmen. Ich will nur noch kurz auf das Inserat in den hiesigen Blättern eingehen, das die Kandidatur Heises und Papes empfiehlt. Zunächst verleihe ich nicht, wie die betreffenden Leute auch das Amtsblatt zum Inserieren benutzt haben, daß doch die Sozialdemokratie fortwährend mit Schmutz bewirft. Schon diese Tatsache allein dürfte ein Grund sein, dieses Angebot abzulehnen. Es würde auch politisch unklug sein, einen Gegner, der mit dem Vaterstädtischen Verein liebäugelt, auf die Liste der Sozialdemokratie zu nehmen. Politische Dankbarkeit gibt es nicht. Wir würden die größten Ohren sein, wenn wir den Vorschlag der „vielen Bürger“ akzeptieren wollten. Zu bemerken ist, daß um die Stelle eines Sekretärs bei der Rechtsauskunftsstelle, die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet werden sollte, sich auch Herr Julius Heise meldete. Jedenfalls ist das aus innerer Ueberzeugung geschehen; das kann uns aber nicht veranlassen, jetzt denselben Mann auf unsern Schild zu erheben. Wir wollen erstreben, daß im Rathauslande nach den Wahlen zum ersten Male wirklich republikanisch gesprochen wird, das heißt rot. Und deshalb muß jeder Bürger am Tage der Wahl für die Kandidaten der Sozialdemokratie stimmen, wenn er wünscht, daß unser Staat sich in dem von mir angedeuteten Sinn weiter entwickeln soll. (Stürmischer Beifall.) Der Vorsitzende verliest sodann eine Resolution, die mit zum Gegenstand der Beratung gemacht wurde.

Als erster Diskussionsredner erhielt das Wort Herr August Pape: Er erklärte, daß er bedauere, wenn man das Inserat gewissermaßen gleich zum Gegenstand der Resolution gemacht habe. Nicht von freisinniger, sondern von nationalsozialer Seite ist die Veröffentlichung erfolgt, um die Freisinnigen in der Agitation zu schädigen. Wir haben in der Bürgerschaft stets unsere Pflicht getan, unbekümmert um rechts oder links. Bei der kommenden Wahl tun Sie Ihre Pflicht, wenn Sie nach Ihrem besten Wissen und Gewissen wählen.

Ziele: Nicht jedes Mitglied der Bürgerschaft hat für die Wahlrechtsverschlechterung gestimmt. Ich bin z. B. wegen meiner Äußerung in dieser Angelegenheit sogar zur Ordnung gerufen.

Westphäliger: Ich gehöre zu denen, die schon seit langen Jahren Bürger waren; jetzt bin ich jedoch vom Wahlrecht ausgeschlossen worden, weil ich für zwei Quartale Steuererlös erhalten habe. Diese Ungerechtigkeit möchte ich konstatieren.

Knutz forderte auf, daß sich auch die Geschäftsleute an den Wahlen beteiligen, denn nur in der Beteiligung an der Wahl für die Sozialdemokraten ist es möglich, daß wir etwas erreichen.

Wissell: Wenn Herr Pape dem Bureau gleich Mitteilung gemacht hätte, daß die freisinnige Partei dem In-

ferat in den Blättern fernsteht, dann hätte er sich und mir manche Worte erspart. Im übrigen forderte Redner nochmals zur regen Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen auf. Jeder Bürger habe seine Pflicht zu tun und unsern Kandidaten zu wählen.

Der Vorsitzende des Wahlkomitees, Gen. Steilling, forderte nochmals auf, sich regen an der Wahl zu beteiligen und ermahnte um Annahme folgender Resolution:

Die heutige Wählerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden und verpflichtet sich, am Wahltag trotz der von gegnerischer Seite beabsichtigter Machination für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei und zwar in beiden Wählerklassen in Stadt und Land einzutreten. Ferner erhebt die heutige Versammlung entschiedenen Protest gegen die Auslegung des Wahlrechts von Seiten des Bürgerausschusses, indem Bürgern das Wahlrecht entzogen wird, weil ihnen innerhalb der letzten 4 Jahre in einem Quartal die Steuer entlassen worden ist.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen und hierauf die Versammlung geschlossen.

Wahlversammlungen für die Ergänzung der Bürgerschaft im Jahre 1905. I. Wahlen der Abteilungs I: 1. Versammlung des ersten Wahlbezirks (Jakobi-Quartier und Vorstadt St. Gertrud) im Restaurant Bürgerverein, zur Wahl von 7 Vertretern. 2. Versammlung des zweiten Wahlbezirks (Marien-Magdalenen-Quartier und nordöstlicher Teil der Vorstadt St. Lorenz) im Hause der Schiffergesellschaft, zur Wahl von 8 Vertretern. 3. Versammlung des dritten Wahlbezirks (Marien-Quartier und südwestlicher Teil der Vorstadt St. Lorenz) im Empfangsgebäude des Bahnhofes, zur Wahl von 8 Vertretern. 4. Versammlung des vierten Wahlbezirks (Johannis-Quartier und Vorstadt St. Jürgen) im Restaurant Turnerheim, zur Wahl von 7 Vertretern. Die Wahlen finden am 17. November 1905 statt. Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 6 Uhr nachmittags geschlossen. II. Wahlen der Abteilungs II: 1. Versammlung des ersten Wahlbezirks (Jakobi-Quartier und Vorstadt St. Gertrud) im Restaurant Pöckenhof, zur Wahl eines Vertreters. 2. Versammlung des zweiten Wahlbezirks (Marien-Magdalenen-Quartier und nordöstlicher Teil der Vorstadt St. Lorenz) im Restaurant Lud-Schwariauer Allee 69a, zur Wahl eines Vertreters. 3. Versammlung des dritten Wahlbezirks (Marien-Quartier und südwestlicher Teil der Vorstadt St. Lorenz) im Restaurant St. Lorenz-Galle, Moislinger Allee 21, zur Wahl eines Vertreters. 4. Versammlung des vierten Wahlbezirks (Johannis-Quartier und Vorstadt St. Jürgen) im Colosseum, zur Wahl eines Vertreters. Die Wahlen finden am 17. November 1905 statt. Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 6 Uhr nachmittags geschlossen. III. Wahlen der Abteilungs III: 1. Versammlung des fünften Wahlbezirks (Städtchen Travemünde) im Hotel de Russie zu Travemünde, zur Wahl eines Vertreters. 2. Versammlung des sechsten Wahlbezirks (Burgtor-Landbezirk) in Böge's Gasthof zu Schlutup, zur Wahl eines Vertreters. 3. Versammlung des achten Wahlbezirks (Hofstener-Landbezirk) im Gasthof von Heinrich Meyer zu Krempeisdorf, zur Wahl eines Vertreters. 4. Versammlung des neunten Wahlbezirks (Mühlentor-Landbezirk) in Schreiber's Kaffeehaus zu Moislung, zur Wahl eines Vertreters. 5. Versammlung des zehnten Wahlbezirks (Nitzerauer Landbezirk) in Büff's Gasthof zu Nütze, zur Wahl eines Vertreters. Die Wahlen finden am 14. November 1905 statt. Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 2 Uhr nachmittags geschlossen. Der Zutritt zur Wahl steht denjenigen frei, welche in dem betreffenden Bezirke und in der betreffenden Abteilung wahlberechtigt sind. Zur Stimmabgabe sind nur diejenigen zugelassen, welche in die Wählerlisten aufgenommen sind; sie haben erforderlichen Falls ihre Identität nachzuweisen. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niedergulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Stimmzettel müssen vor weißem Papier und dürfen mit keinen äußeren Kennzeichen versehen sein. Stimmzettel, bei welchen hiergegen verstoßen ist, sind zurückzuweisen. Jeder Wähler hat nur einen Stimmzettel abzugeben. Der Stimmzettel darf nicht mehr Namen enthalten, als Vertreter zu wählen sind. Mehrere Namen müssen untereinander stehen. Die Namen sind außerhalb des Wahllokals auf den Zettel zu setzen. Der Wähler übergibt, sobald sein Name in der Wählerliste aufgefunden ist, seinen Stimmzettel zusammengefaltet an den Vorsitzenden des Wahllokals oder dessen Stellvertreter, welcher ihn uneröffnet auf der Rückseite mit einem Stempel versieht und in die Wahlurne legt. Bei den Wahlen in den Wahlbezirken fünf bis zehn ist der Stimmzettel in die für diejenige Abteilung bestimmte Urne zu legen, welche der Wähler angehört. Die Ermittlung des Wahlergebnisses erfolgt öffentlich.

Die phono-kinetographischen Vorführungen im Konzerthaus Sünshausen haben bis jetzt stets volle Häuser zu verzeichnen gehabt und der reichliche Beifall, der jeder vorgeführten Programmnummer folgt, ist der beste Beweis dafür, daß die Zuschauer das Dargebotene mit großem Interesse und lebhaftem Vergnügen aufnehmen. Da die Vorstellungen nur noch von kurzer Dauer sind, raten wir all denen, die einige genügende Stunden verleben wollen, sich baldmöglichst diese lehrreichen, durch packende Natürlichkeit auszeichneten Vorstellungen anzusehen. Die nächsten Vorstellungen finden heute, Dienstag, Freitag und Sonnabend statt.

Stadthallen-Theater. Morgen Dienstag findet das vorletzte und am Mittwoch das letzte Gastspiel des Igl. württ. Hofhauspielers Emil Richard statt. An beiden Abenden wird das humorvolle Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Ad. Philipp Lübeck in New-York aufgeführt. Die Gast-Vorstellungen finden im Abonnement zu einfachen Schauspielpreisen statt. Donnerstag wird nochmals „Die Fledermaus“ wiederholt. Die Vorstellung morgen Abend beginnt um 8 Uhr.

pb. Fahrraddiebstahl. Ein hiesiger Kaufmann brachte zur Anzeige, daß ihm am Sonntag nachmittags gegen 5 $\frac{1}{2}$ Uhr zu Süßlerbaum sein Fahrrad gestohlen sei. Das Rad trägt die Erkennungsnummer 7271, hat schwarzes Gestell, schwarze Felgen und etwas nach oben gebogene Lenkstange. An dem Rade befand sich eine vernickelte Del-Laterne.

Schwartz. Rom und a. l. e. s. Nach einem Inserat der „Schwarz. Zig.“ findet der Unterricht in der Fortbildungsschule nicht wie bisher abends von 8—10 Uhr, sondern nachmittags von 1 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{2}$ Uhr statt. Es ist dieses

Vorgehen im Interesse der Lehrlinge jedenfalls mit Freuden zu begründen und könnten sich andere Gemeinden hieran ein Beispiel nehmen.

Hamburg. Die Stadt- und Vorortsbahnvorlage in der Bürgererschaft. Bürgermeister Dr. Mönckeberg leitete die Beratung mit der Darlegung des bisherigen Verlaufs der Angelegenheit ein, wobei er den Senat in das hellste Licht zu setzen suchte und der Bürgererschaft den Vorwurf machte, mit immer neuen Wünschen hervorzukommen, so auch jetzt wieder, wo der Senat doch alle berechtigten Wünsche der Bürgererschaft in der neuen Vorlage erfüllt habe. Wir möchten hierauf zu sprechen: Aber fragt mich nicht, wie? Wir wollen nur einmal die Erfüllung des Wunsches, Eisenbüttel anzuschließen, hervorheben. Der Senat hat die denkbar schlechteste der in Frage kommenden Anschließlinien gewählt, bei der die Interessen der Bewohner Eisenbüttels am wenigsten, die der Straßenbahn-Gesellschaft am meisten gewahrt sind! Der Senat legt die Anschließlinie der Vorortsbahn dahin, wo der wenigste Verkehr ist, und überläßt der Straßenbahn-Gesellschaft das Verkehrsmonopol. Ja, wo der stärkste Verkehr ist! — Nun sagt Herr Bürgermeister Dr. Mönckeberg, der Senat und die Finanzdeputation hätten mit der Straßenbahn-Gesellschaft betreffs der neuen Vorlage keinerlei Verhandlungen gehabt. Daran ist selbstverständlich nicht zu zweifeln. Es ist dies aber auch nicht notwendig, denn es fehlt offenbar nicht an Leuten im Senat, in der Finanzdeputation und auch noch sonstwo, denen die Interessen der Straßenbahn-Gesellschaft so aus Herz gewachsen sind, daß diese besonderer Vertreter gar nicht bedarf. Die von dem Senatskommissar besonders hervorgehobene Bemerkung, der Wunsch der Bürgererschaft, die Bau der Vorortsbahn nicht in Verbindung gebracht zu wissen mit der Verlängerung der 1919 ablaufenden Konzession der Straßenbahn-Gesellschaft, sei ebenfalls erfüllt, bestärkt den allgemein vorhandenen Verdacht, daß der Senat den Betrieb der Vorortsbahn mit der Straßenbahn-Gesellschaft und deren Konzessionsverlängerung in Verbindung bringen möchte. Von allen Seiten des Hauses wurde diesem Verdacht Ausdruck gegeben, sowohl von unserem Genossen Bömelburg, als auch von den bürgerlichen Mitgliedern. Man verlangte deshalb mit Recht Stillschaltung dafür, daß der Betrieb

nicht wieder Monopol der Straßenbahn-Gesellschaft wird und die Tarife demnach niedrig gehalten werden, sowie dafür, daß die Bürgererschaft in allen diesen Fragen, insbesondere bei Festsetzung der Tarife, mitzuwirken hat. Von einem Teil der Rechten will man das allgemeine Verlangen nach einer Mitwirkung der Bürgererschaft in der Tariffrage auf Abwege lenken, indem man einen Antrag gestellt hat, eine gemischte Kommission von drei Senats- und sieben Bürgerchaftsmitgliedern, in der auch die sozialdemokratische Fraktion vertreten sein soll, einzusetzen und mit der Tariffrage zu betrauen. Mit Recht betonte Herr Dr. Petersen, daß unter allen Umständen die Bürgererschaft, und zwar in aller Öffentlichkeit, die Tariffrage behandeln müsse. Nicht zeitgemäß ist ein Antrag König, der Straßenbahn-Gesellschaft die Benutzung der neuen Durchbruchstraße nur unter der Bedingung zu gestatten, daß sie den Beförderungstarif einrichtet, zugleich auch den Beförderungstarif bei der Zentralsbahn in der gleichen Weise sicher zu stellen. Bei den sonstigen zu der Vorlage gestellten Anträgen handelt es sich um das Verlangen nach einer Rentabilitätsberechnung, um Regelung der Tariffrage, der Betriebsfrage, Führung der Hochbahn nicht über den Mödingsmarkt, sondern über die Herrlichkeit, Entschädigung der Grundeigentümer, Eisenbütteler Anschließlinie, Spezialwünsche wegen der Anniensführung und neuer Anschließlinien usw. Ausschüßberatung ist von verschiedenen Seiten beantragt. An der Debatte beteiligte sich von unserer Seite Genosse Bömelburg, der in einer wirkungsvollen Rede, bei der er in vollem Umfange das Ohr des Hauses hatte, für städtischen Regierbau oder mindestens Bergbau des Bahnbereiches in Subvention, für staatsseitigen Betrieb, Anschließ der Arbeiterwohnungen als Ersatz für die beim Straßendurchbruch in der Altstadt niedergeworfenen eintrat. Dem Straßendurchbruchprojekt sollte er seine Anerkennung. Der staatsseitige Betrieb der Bahn würde verhindern, daß die Straßenbahnkapitalisten wieder dazukommen und sich ein neues Monopol schaffen. Die Straßenbahn-Gesellschaft dürfe nicht wieder verlängert werden. Auch Dr. Petersen fand mit seiner Darlegung der Notwendigkeit, einen billigen Tarif festzulegen und die Straßenbahn-Gesellschaft von dem Betrieb unter allen

Umständen fernzuhalten, große Zustimmung. Von dem Senatskommissar erwiderte Bürgermeister Dr. Mönckeberg und Obergerichtsrat Vermeiren. Letzterer bemerkte, bei einer Frequenz von 50 Millionen Personen würde man mit einem Durchschnittsfahrpreis von 12 Pf. rechnen können. Es trat schließlich Vertagung ein.

Miel. Der Kampf im Baugewerbe ist beendet. In einer am Freitag abgehaltenen Zusammenkunft haben auch die Maurer beschlossen, die Arbeit zu den von den Arbeitgebern zuletzt gestellten Bedingungen wieder aufzunehmen. Für die Wiederaufnahme erklärten sich 226 Stimmen, während 151 Stimmen für die Fortsetzung des Kampfes waren. Das Untersreiben des Tarifes soll, wenn möglich noch heute bewirkt werden, so daß voraussichtlich in den ersten Tagen der nächsten Woche die Arbeit wieder aufgenommen werden kann. So lange jedoch noch nicht abzusehen ist, ob die Wiedereinstellung auf Schwierigkeiten stoßen wird, muß der Bezug noch bis auf weiteres ferngehalten werden. — Die Nachricht auswärtsiger und hiesiger Blätter, daß die Meier Bauhandwerker beschloßen hätten, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, ist gänzlich unzutreffend. Zum mindesten ist für die Zukunft eine Klärung geschaffen worden. Haben sich doch die Arbeitgeber dazu bereit finden müssen, die neunständige Arbeitszeit bei 65 Pf. Stundenlohn am 1. Januar 1907 einzuführen. Es ist das immerhin ein Vorteil und der seit 16 Wochen währende Kampf demnach keineswegs vergeblich gewesen.

Wahlung.
Für den Bezirksfonds gingen ein:
R. N. 4—M.
Friedr. Meyer u. Co.
Die in letzter Nummer irrthümlich für den Bezirksfonds quittierten 30 Pf. waren für den Wahlfonds bestimmt.
Streichholz-Diebstahl.
Hamburg, 4. November.
Der Schreinerhandwerker Lebkopf.
Nachher wurden 1461 Stück, davon vom Norden - Stück, vom Süden - Stück. Preis: 70 Pf. - 72 Pf. - 73 Pf. - 74 Pf. - 75 Pf. - 76 Pf. - 77 Pf. - 78 Pf. - 79 Pf. - 80 Pf. - 81 Pf. - 82 Pf. - 83 Pf. - 84 Pf. - 85 Pf. - 86 Pf. - 87 Pf. - 88 Pf. - 89 Pf. - 90 Pf. - 91 Pf. - 92 Pf. - 93 Pf. - 94 Pf. - 95 Pf. - 96 Pf. - 97 Pf. - 98 Pf. - 99 Pf. - 100 Pf. - 101 Pf. - 102 Pf. - 103 Pf. - 104 Pf. - 105 Pf. - 106 Pf. - 107 Pf. - 108 Pf. - 109 Pf. - 110 Pf. - 111 Pf. - 112 Pf. - 113 Pf. - 114 Pf. - 115 Pf. - 116 Pf. - 117 Pf. - 118 Pf. - 119 Pf. - 120 Pf. - 121 Pf. - 122 Pf. - 123 Pf. - 124 Pf. - 125 Pf. - 126 Pf. - 127 Pf. - 128 Pf. - 129 Pf. - 130 Pf. - 131 Pf. - 132 Pf. - 133 Pf. - 134 Pf. - 135 Pf. - 136 Pf. - 137 Pf. - 138 Pf. - 139 Pf. - 140 Pf. - 141 Pf. - 142 Pf. - 143 Pf. - 144 Pf. - 145 Pf. - 146 Pf. - 147 Pf. - 148 Pf. - 149 Pf. - 150 Pf. - 151 Pf. - 152 Pf. - 153 Pf. - 154 Pf. - 155 Pf. - 156 Pf. - 157 Pf. - 158 Pf. - 159 Pf. - 160 Pf. - 161 Pf. - 162 Pf. - 163 Pf. - 164 Pf. - 165 Pf. - 166 Pf. - 167 Pf. - 168 Pf. - 169 Pf. - 170 Pf. - 171 Pf. - 172 Pf. - 173 Pf. - 174 Pf. - 175 Pf. - 176 Pf. - 177 Pf. - 178 Pf. - 179 Pf. - 180 Pf. - 181 Pf. - 182 Pf. - 183 Pf. - 184 Pf. - 185 Pf. - 186 Pf. - 187 Pf. - 188 Pf. - 189 Pf. - 190 Pf. - 191 Pf. - 192 Pf. - 193 Pf. - 194 Pf. - 195 Pf. - 196 Pf. - 197 Pf. - 198 Pf. - 199 Pf. - 200 Pf. - 201 Pf. - 202 Pf. - 203 Pf. - 204 Pf. - 205 Pf. - 206 Pf. - 207 Pf. - 208 Pf. - 209 Pf. - 210 Pf. - 211 Pf. - 212 Pf. - 213 Pf. - 214 Pf. - 215 Pf. - 216 Pf. - 217 Pf. - 218 Pf. - 219 Pf. - 220 Pf. - 221 Pf. - 222 Pf. - 223 Pf. - 224 Pf. - 225 Pf. - 226 Pf. - 227 Pf. - 228 Pf. - 229 Pf. - 230 Pf. - 231 Pf. - 232 Pf. - 233 Pf. - 234 Pf. - 235 Pf. - 236 Pf. - 237 Pf. - 238 Pf. - 239 Pf. - 240 Pf. - 241 Pf. - 242 Pf. - 243 Pf. - 244 Pf. - 245 Pf. - 246 Pf. - 247 Pf. - 248 Pf. - 249 Pf. - 250 Pf. - 251 Pf. - 252 Pf. - 253 Pf. - 254 Pf. - 255 Pf. - 256 Pf. - 257 Pf. - 258 Pf. - 259 Pf. - 260 Pf. - 261 Pf. - 262 Pf. - 263 Pf. - 264 Pf. - 265 Pf. - 266 Pf. - 267 Pf. - 268 Pf. - 269 Pf. - 270 Pf. - 271 Pf. - 272 Pf. - 273 Pf. - 274 Pf. - 275 Pf. - 276 Pf. - 277 Pf. - 278 Pf. - 279 Pf. - 280 Pf. - 281 Pf. - 282 Pf. - 283 Pf. - 284 Pf. - 285 Pf. - 286 Pf. - 287 Pf. - 288 Pf. - 289 Pf. - 290 Pf. - 291 Pf. - 292 Pf. - 293 Pf. - 294 Pf. - 295 Pf. - 296 Pf. - 297 Pf. - 298 Pf. - 299 Pf. - 300 Pf. - 301 Pf. - 302 Pf. - 303 Pf. - 304 Pf. - 305 Pf. - 306 Pf. - 307 Pf. - 308 Pf. - 309 Pf. - 310 Pf. - 311 Pf. - 312 Pf. - 313 Pf. - 314 Pf. - 315 Pf. - 316 Pf. - 317 Pf. - 318 Pf. - 319 Pf. - 320 Pf. - 321 Pf. - 322 Pf. - 323 Pf. - 324 Pf. - 325 Pf. - 326 Pf. - 327 Pf. - 328 Pf. - 329 Pf. - 330 Pf. - 331 Pf. - 332 Pf. - 333 Pf. - 334 Pf. - 335 Pf. - 336 Pf. - 337 Pf. - 338 Pf. - 339 Pf. - 340 Pf. - 341 Pf. - 342 Pf. - 343 Pf. - 344 Pf. - 345 Pf. - 346 Pf. - 347 Pf. - 348 Pf. - 349 Pf. - 350 Pf. - 351 Pf. - 352 Pf. - 353 Pf. - 354 Pf. - 355 Pf. - 356 Pf. - 357 Pf. - 358 Pf. - 359 Pf. - 360 Pf. - 361 Pf. - 362 Pf. - 363 Pf. - 364 Pf. - 365 Pf. - 366 Pf. - 367 Pf. - 368 Pf. - 369 Pf. - 370 Pf. - 371 Pf. - 372 Pf. - 373 Pf. - 374 Pf. - 375 Pf. - 376 Pf. - 377 Pf. - 378 Pf. - 379 Pf. - 380 Pf. - 381 Pf. - 382 Pf. - 383 Pf. - 384 Pf. - 385 Pf. - 386 Pf. - 387 Pf. - 388 Pf. - 389 Pf. - 390 Pf. - 391 Pf. - 392 Pf. - 393 Pf. - 394 Pf. - 395 Pf. - 396 Pf. - 397 Pf. - 398 Pf. - 399 Pf. - 400 Pf. - 401 Pf. - 402 Pf. - 403 Pf. - 404 Pf. - 405 Pf. - 406 Pf. - 407 Pf. - 408 Pf. - 409 Pf. - 410 Pf. - 411 Pf. - 412 Pf. - 413 Pf. - 414 Pf. - 415 Pf. - 416 Pf. - 417 Pf. - 418 Pf. - 419 Pf. - 420 Pf. - 421 Pf. - 422 Pf. - 423 Pf. - 424 Pf. - 425 Pf. - 426 Pf. - 427 Pf. - 428 Pf. - 429 Pf. - 430 Pf. - 431 Pf. - 432 Pf. - 433 Pf. - 434 Pf. - 435 Pf. - 436 Pf. - 437 Pf. - 438 Pf. - 439 Pf. - 440 Pf. - 441 Pf. - 442 Pf. - 443 Pf. - 444 Pf. - 445 Pf. - 446 Pf. - 447 Pf. - 448 Pf. - 449 Pf. - 450 Pf. - 451 Pf. - 452 Pf. - 453 Pf. - 454 Pf. - 455 Pf. - 456 Pf. - 457 Pf. - 458 Pf. - 459 Pf. - 460 Pf. - 461 Pf. - 462 Pf. - 463 Pf. - 464 Pf. - 465 Pf. - 466 Pf. - 467 Pf. - 468 Pf. - 469 Pf. - 470 Pf. - 471 Pf. - 472 Pf. - 473 Pf. - 474 Pf. - 475 Pf. - 476 Pf. - 477 Pf. - 478 Pf. - 479 Pf. - 480 Pf. - 481 Pf. - 482 Pf. - 483 Pf. - 484 Pf. - 485 Pf. - 486 Pf. - 487 Pf. - 488 Pf. - 489 Pf. - 490 Pf. - 491 Pf. - 492 Pf. - 493 Pf. - 494 Pf. - 495 Pf. - 496 Pf. - 497 Pf. - 498 Pf. - 499 Pf. - 500 Pf. - 501 Pf. - 502 Pf. - 503 Pf. - 504 Pf. - 505 Pf. - 506 Pf. - 507 Pf. - 508 Pf. - 509 Pf. - 510 Pf. - 511 Pf. - 512 Pf. - 513 Pf. - 514 Pf. - 515 Pf. - 516 Pf. - 517 Pf. - 518 Pf. - 519 Pf. - 520 Pf. - 521 Pf. - 522 Pf. - 523 Pf. - 524 Pf. - 525 Pf. - 526 Pf. - 527 Pf. - 528 Pf. - 529 Pf. - 530 Pf. - 531 Pf. - 532 Pf. - 533 Pf. - 534 Pf. - 535 Pf. - 536 Pf. - 537 Pf. - 538 Pf. - 539 Pf. - 540 Pf. - 541 Pf. - 542 Pf. - 543 Pf. - 544 Pf. - 545 Pf. - 546 Pf. - 547 Pf. - 548 Pf. - 549 Pf. - 550 Pf. - 551 Pf. - 552 Pf. - 553 Pf. - 554 Pf. - 555 Pf. - 556 Pf. - 557 Pf. - 558 Pf. - 559 Pf. - 560 Pf. - 561 Pf. - 562 Pf. - 563 Pf. - 564 Pf. - 565 Pf. - 566 Pf. - 567 Pf. - 568 Pf. - 569 Pf. - 570 Pf. - 571 Pf. - 572 Pf. - 573 Pf. - 574 Pf. - 575 Pf. - 576 Pf. - 577 Pf. - 578 Pf. - 579 Pf. - 580 Pf. - 581 Pf. - 582 Pf. - 583 Pf. - 584 Pf. - 585 Pf. - 586 Pf. - 587 Pf. - 588 Pf. - 589 Pf. - 590 Pf. - 591 Pf. - 592 Pf. - 593 Pf. - 594 Pf. - 595 Pf. - 596 Pf. - 597 Pf. - 598 Pf. - 599 Pf. - 600 Pf. - 601 Pf. - 602 Pf. - 603 Pf. - 604 Pf. - 605 Pf. - 606 Pf. - 607 Pf. - 608 Pf. - 609 Pf. - 610 Pf. - 611 Pf. - 612 Pf. - 613 Pf. - 614 Pf. - 615 Pf. - 616 Pf. - 617 Pf. - 618 Pf. - 619 Pf. - 620 Pf. - 621 Pf. - 622 Pf. - 623 Pf. - 624 Pf. - 625 Pf. - 626 Pf. - 627 Pf. - 628 Pf. - 629 Pf. - 630 Pf. - 631 Pf. - 632 Pf. - 633 Pf. - 634 Pf. - 635 Pf. - 636 Pf. - 637 Pf. - 638 Pf. - 639 Pf. - 640 Pf. - 641 Pf. - 642 Pf. - 643 Pf. - 644 Pf. - 645 Pf. - 646 Pf. - 647 Pf. - 648 Pf. - 649 Pf. - 650 Pf. - 651 Pf. - 652 Pf. - 653 Pf. - 654 Pf. - 655 Pf. - 656 Pf. - 657 Pf. - 658 Pf. - 659 Pf. - 660 Pf. - 661 Pf. - 662 Pf. - 663 Pf. - 664 Pf. - 665 Pf. - 666 Pf. - 667 Pf. - 668 Pf. - 669 Pf. - 670 Pf. - 671 Pf. - 672 Pf. - 673 Pf. - 674 Pf. - 675 Pf. - 676 Pf. - 677 Pf. - 678 Pf. - 679 Pf. - 680 Pf. - 681 Pf. - 682 Pf. - 683 Pf. - 684 Pf. - 685 Pf. - 686 Pf. - 687 Pf. - 688 Pf. - 689 Pf. - 690 Pf. - 691 Pf. - 692 Pf. - 693 Pf. - 694 Pf. - 695 Pf. - 696 Pf. - 697 Pf. - 698 Pf. - 699 Pf. - 700 Pf. - 701 Pf. - 702 Pf. - 703 Pf. - 704 Pf. - 705 Pf. - 706 Pf. - 707 Pf. - 708 Pf. - 709 Pf. - 710 Pf. - 711 Pf. - 712 Pf. - 713 Pf. - 714 Pf. - 715 Pf. - 716 Pf. - 717 Pf. - 718 Pf. - 719 Pf. - 720 Pf. - 721 Pf. - 722 Pf. - 723 Pf. - 724 Pf. - 725 Pf. - 726 Pf. - 727 Pf. - 728 Pf. - 729 Pf. - 730 Pf. - 731 Pf. - 732 Pf. - 733 Pf. - 734 Pf. - 735 Pf. - 736 Pf. - 737 Pf. - 738 Pf. - 739 Pf. - 740 Pf. - 741 Pf. - 742 Pf. - 743 Pf. - 744 Pf. - 745 Pf. - 746 Pf. - 747 Pf. - 748 Pf. - 749 Pf. - 750 Pf. - 751 Pf. - 752 Pf. - 753 Pf. - 754 Pf. - 755 Pf. - 756 Pf. - 757 Pf. - 758 Pf. - 759 Pf. - 760 Pf. - 761 Pf. - 762 Pf. - 763 Pf. - 764 Pf. - 765 Pf. - 766 Pf. - 767 Pf. - 768 Pf. - 769 Pf. - 770 Pf. - 771 Pf. - 772 Pf. - 773 Pf. - 774 Pf. - 775 Pf. - 776 Pf. - 777 Pf. - 778 Pf. - 779 Pf. - 780 Pf. - 781 Pf. - 782 Pf. - 783 Pf. - 784 Pf. - 785 Pf. - 786 Pf. - 787 Pf. - 788 Pf. - 789 Pf. - 790 Pf. - 791 Pf. - 792 Pf. - 793 Pf. - 794 Pf. - 795 Pf. - 796 Pf. - 797 Pf. - 798 Pf. - 799 Pf. - 800 Pf. - 801 Pf. - 802 Pf. - 803 Pf. - 804 Pf. - 805 Pf. - 806 Pf. - 807 Pf. - 808 Pf. - 809 Pf. - 810 Pf. - 811 Pf. - 812 Pf. - 813 Pf. - 814 Pf. - 815 Pf. - 816 Pf. - 817 Pf. - 818 Pf. - 819 Pf. - 820 Pf. - 821 Pf. - 822 Pf. - 823 Pf. - 824 Pf. - 825 Pf. - 826 Pf. - 827 Pf. - 828 Pf. - 829 Pf. - 830 Pf. - 831 Pf. - 832 Pf. - 833 Pf. - 834 Pf. - 835 Pf. - 836 Pf. - 837 Pf. - 838 Pf. - 839 Pf. - 840 Pf. - 841 Pf. - 842 Pf. - 843 Pf. - 844 Pf. - 845 Pf. - 846 Pf. - 847 Pf. - 848 Pf. - 849 Pf. - 850 Pf. - 851 Pf. - 852 Pf. - 853 Pf. - 854 Pf. - 855 Pf. - 856 Pf. - 857 Pf. - 858 Pf. - 859 Pf. - 860 Pf. - 861 Pf. - 862 Pf. - 863 Pf. - 864 Pf. - 865 Pf. - 866 Pf. - 867 Pf. - 868 Pf. - 869 Pf. - 870 Pf. - 871 Pf. - 872 Pf. - 873 Pf. - 874 Pf. - 875 Pf. - 876 Pf. - 877 Pf. - 878 Pf. - 879 Pf. - 880 Pf. - 881 Pf. - 882 Pf. - 883 Pf. - 884 Pf. - 885 Pf. - 886 Pf. - 887 Pf. - 888 Pf. - 889 Pf. - 890 Pf. - 891 Pf. - 892 Pf. - 893 Pf. - 894 Pf. - 895 Pf. - 896 Pf. - 897 Pf. - 898 Pf. - 899 Pf. - 900 Pf. - 901 Pf. - 902 Pf. - 903 Pf. - 904 Pf. - 905 Pf. - 906 Pf. - 907 Pf. - 908 Pf. - 909 Pf. - 910 Pf. - 911 Pf. - 912 Pf. - 913 Pf. - 914 Pf. - 915 Pf. - 916 Pf. - 917 Pf. - 918 Pf. - 919 Pf. - 920 Pf. - 921 Pf. - 922 Pf. - 923 Pf. - 924 Pf. - 925 Pf. - 926 Pf. - 927 Pf. - 928 Pf. - 929 Pf. - 930 Pf. - 931 Pf. - 932 Pf. - 933 Pf. - 934 Pf. - 935 Pf. - 936 Pf. - 937 Pf. - 938 Pf. - 939 Pf. - 940 Pf. - 941 Pf. - 942 Pf. - 943 Pf. - 944 Pf. - 945 Pf. - 946 Pf. - 947 Pf. - 948 Pf. - 949 Pf. - 950 Pf. - 951 Pf. - 952 Pf. - 953 Pf. - 954 Pf. - 955 Pf. - 956 Pf. - 957 Pf. - 958 Pf. - 959 Pf. - 960 Pf. - 961 Pf. - 962 Pf. - 963 Pf. - 964 Pf. - 965 Pf. - 966 Pf. - 967 Pf. - 968 Pf. - 969 Pf. - 970 Pf. - 971 Pf. - 972 Pf. - 973 Pf. - 974 Pf. - 975 Pf. - 976 Pf. - 977 Pf. - 978 Pf. - 979 Pf. - 980 Pf. - 981 Pf. - 982 Pf. - 983 Pf. - 984 Pf. - 985 Pf. - 986 Pf. - 987 Pf. - 988 Pf. - 989 Pf. - 990 Pf. - 991 Pf. - 992 Pf. - 993 Pf. - 994 Pf. - 995 Pf. - 996 Pf. - 997 Pf. - 998 Pf. - 999 Pf. - 1000 Pf. - 1001 Pf. - 1002 Pf. - 1003 Pf. - 1004 Pf. - 1005 Pf. - 1006 Pf. - 1007 Pf. - 1008 Pf. - 1009 Pf. - 1010 Pf. - 1011 Pf. - 1012 Pf. - 1013 Pf. - 1014 Pf. - 1015 Pf. - 1016 Pf. - 1017 Pf. - 1018 Pf. - 1019 Pf. - 1020 Pf. - 1021 Pf. - 1022 Pf. - 1023 Pf. - 1024 Pf. - 1025 Pf. - 1026 Pf. - 1027 Pf. - 1028 Pf. - 1029 Pf. - 1030 Pf. - 1031 Pf. - 1032 Pf. - 1033 Pf. - 1034 Pf. - 1035 Pf. - 1036 Pf. - 1037 Pf. - 1038 Pf. - 1039 Pf. - 1040 Pf. - 1041 Pf. - 1042 Pf. - 1043 Pf. - 1044 Pf. - 1045 Pf. - 1046 Pf. - 1047 Pf. - 1048 Pf. - 1049 Pf. - 1050 Pf. - 1051 Pf. - 1052 Pf. - 1053 Pf. - 1054 Pf. - 1055 Pf. - 1056 Pf. - 1057 Pf. - 1058 Pf. - 1059 Pf. - 1060 Pf. - 1061 Pf. - 1062 Pf. - 1063 Pf. - 1064 Pf. - 1065 Pf. - 1066 Pf. - 1067 Pf. - 1068 Pf. - 1069 Pf. - 1070 Pf. - 1071 Pf. - 1072 Pf. - 1073 Pf. - 1074 Pf. - 1075 Pf. - 1076 Pf. - 1077 Pf. - 1078 Pf. - 1079 Pf. - 1080 Pf. - 1081 Pf. - 1082 Pf. - 1083 Pf. - 1084 Pf. - 1085 Pf. - 1086 Pf. - 1087 Pf. - 1088 Pf. - 1089 Pf. - 1090 Pf. - 1091 Pf. - 1092 Pf. - 1093 Pf. - 1094 Pf. - 1095 Pf. - 1096 Pf. - 1097 Pf. - 1098 Pf. - 1099 Pf. - 1100 Pf. - 1101 Pf. - 1102 Pf. - 1103 Pf. - 1104 Pf. - 1105 Pf. - 1106 Pf. - 1107 Pf. - 1108 Pf. - 1109 Pf. - 1110 Pf. - 1111 Pf. - 1112 Pf. - 1113 Pf. - 1114 Pf. - 1115 Pf. - 1116 Pf. - 1117 Pf. - 1118 Pf. - 1119 Pf. - 1120 Pf. - 1121 Pf. - 1122 Pf. - 1123 Pf. - 1124 Pf. - 1125 Pf. - 1126 Pf. - 1127 Pf. - 1128 Pf. - 1129 Pf. - 1130 Pf. - 1131 Pf. - 1132 Pf. - 1133 Pf. - 1134 Pf. - 1135 Pf. - 1136 Pf. - 1137 Pf. - 1138 Pf. - 1139 Pf. - 1140 Pf. - 1141 Pf. - 1142 Pf. - 1143 Pf. - 1144 Pf. - 1145 Pf. - 1146 Pf. - 1147 Pf. - 1148 Pf. - 1149 Pf. - 1150 Pf. - 1151 Pf. - 1152 Pf. - 1153 Pf. - 1154 Pf. - 1155 Pf. - 1156 Pf. - 1157 Pf. - 1158 Pf. - 1159 Pf. - 1160 Pf. - 1161 Pf. - 1162 Pf. - 1163 Pf. - 1164 Pf. - 1165 Pf. - 1166 Pf. - 1167 Pf. - 1168 Pf. - 1169 Pf. - 1170 Pf. - 1171 Pf. - 1172 Pf. - 1173 Pf. - 1174 Pf. - 1175 Pf. - 1176 Pf. - 1177 Pf. - 1178 Pf. - 1179 Pf. - 1180 Pf. - 1181 Pf. - 1182 Pf. - 1183 Pf. - 1184 Pf. - 1185 Pf. - 1186 Pf. - 1187 Pf. - 1188 Pf. - 1189 Pf. - 1190 Pf. - 1191 Pf. - 1192 Pf. - 1193 Pf. - 1194 Pf. - 1195 Pf. - 1196 Pf. - 1197 Pf. - 1198 Pf. - 1199 Pf. - 1200 Pf. - 1201 Pf. - 1202 Pf. - 1203 Pf. - 1204 Pf. - 1205 Pf. - 1206 Pf. - 1207 Pf. - 1208 Pf. - 1209 Pf. - 1210 Pf. - 1211 Pf. - 1212 Pf. - 1213 Pf. - 1214 Pf. - 1215 Pf. - 1216 Pf. - 1217 Pf. - 1218 Pf. - 1219 Pf. - 1220 Pf. - 1221 Pf. - 1222 Pf. - 1223 Pf. - 1224 Pf. - 1225 Pf. - 1226 Pf. - 1227 Pf. - 1228 Pf. - 1229 Pf. - 1230 Pf. - 1231 Pf. - 1232 Pf. - 1233 Pf. - 1234 Pf. - 1235 Pf. - 1236 Pf. - 1237 Pf. - 1238 Pf. - 1239 Pf. - 1240 Pf. - 1241 Pf. - 1242 Pf. - 1243 Pf. - 1244 Pf. - 1245 Pf. - 1246 Pf. - 1247 Pf. - 1248 Pf. - 1249 Pf. - 1250 Pf. - 1251 Pf. - 1252 Pf. - 1253 Pf. - 1254 Pf. - 1255 Pf. - 1256 Pf. - 1257 Pf. - 1258 Pf. - 1259 Pf. - 1260 Pf. - 1261 Pf. - 1262 Pf. - 1263 Pf. - 1264 Pf. - 1265 Pf. - 1266 Pf. - 1267 Pf. - 1268 Pf. - 1269 Pf. - 1270 Pf. - 1271 Pf. - 1272 Pf. - 1273 Pf. - 1274 Pf. - 1275 Pf. - 1276 Pf. - 1277 Pf. - 1278 Pf. - 1279 Pf. - 1280 Pf. - 1281 Pf. - 1282 Pf. - 1283 Pf. - 1284 Pf. - 1285 Pf. - 1286 Pf. - 1287 Pf. - 1288 Pf. - 1289 Pf. - 1290 Pf. - 1291 Pf. - 1292 Pf. - 1293 Pf. - 1294 Pf. - 1295 Pf. - 1296 Pf. - 1297 Pf. - 1298 Pf. - 1299 Pf. - 1300 Pf. - 1301 Pf. - 1302 Pf. - 1303 Pf. - 1304 Pf. - 1305 Pf. - 1306 Pf. - 1307 Pf. - 1308 Pf. - 1309 Pf. - 1310 Pf. - 1311 Pf. - 1312 Pf. - 1313 Pf. - 1314 Pf. - 1315 Pf. - 1316 Pf. - 1317 Pf. - 1318 Pf. - 1319 Pf. - 1320 Pf. - 1321 Pf. - 1322 Pf. - 1323 Pf. - 1324 Pf. - 1325 Pf. - 1326 Pf. - 1327 Pf. - 1328 Pf. - 1329 Pf. - 1330 Pf. - 1331 Pf. - 1332 Pf. - 1333 Pf. - 1334 Pf. - 1335 Pf. - 1336 Pf. - 1337 Pf. - 1338 Pf. - 1339 Pf. - 1340 Pf. - 1341 Pf. - 1342 Pf. - 1343 Pf. - 1344 Pf. - 1345 Pf. - 1346 Pf. - 1347 Pf. - 1348 Pf. - 1349 Pf. - 1350 Pf. - 1351 Pf. - 1352 Pf. - 1353 Pf. - 1354 Pf. - 1355 Pf. - 1356 Pf. - 1357 Pf. - 1358 Pf. - 1359 Pf. - 1360 Pf. - 1361 Pf. - 1362 Pf. - 1363 Pf. - 1364 Pf. - 1365 Pf. - 1366 Pf. - 1367 Pf. - 1368 Pf. - 1369 Pf. - 1370 Pf. - 1371 Pf. - 1372 Pf. - 1373 Pf. - 1374 Pf. - 1375 Pf. - 1376 Pf. - 1377 Pf. - 1378 Pf. - 1379 Pf. - 1380 Pf. - 1381 Pf. - 1382 Pf. - 1383 Pf. - 1384 Pf. - 1385 Pf. - 1386 Pf. - 1387 Pf. - 1388 Pf. - 1389 Pf. - 1390 Pf. - 1391 Pf. - 1392 Pf. - 1393 Pf. - 1394 Pf. - 1395 Pf. - 1396 Pf. - 1397 Pf. - 1398 Pf. - 1399 Pf. - 1400 Pf. - 1401 Pf. - 1402 Pf. - 1403 Pf. - 1404 Pf. - 1405 Pf. - 1406 Pf. - 1407 Pf. - 1408 Pf. - 1409 Pf. - 1410 Pf. - 1411 Pf. - 1412 Pf. - 1413 Pf. - 1414 Pf. - 1415 Pf. - 1416 Pf. - 1417 Pf. - 1418 Pf. - 1419 Pf. - 1420 Pf. - 1421 Pf. - 1422 Pf. - 1423 Pf. - 1424 Pf. - 1425 Pf. - 1426 Pf. - 1427 Pf. - 1428 Pf. - 1429 Pf. - 1430 Pf. - 1431 Pf. - 1432 Pf. - 1433 Pf. - 1434 Pf. - 1435 Pf. - 1436 Pf. - 1437 Pf. - 1438 Pf. - 1439 Pf. - 1440 Pf. - 1441 Pf. - 1442 Pf. - 1443 Pf. - 1444 Pf. - 1445 Pf. - 1446 Pf. - 1447 Pf. - 1448 Pf. - 1449 Pf. - 1450 Pf. - 1451 Pf. - 1452 Pf. - 1453 Pf. - 1454 Pf. - 1455 Pf. - 1456 Pf. - 1457 Pf. - 1458 Pf. - 1459 Pf. - 1460 Pf. - 1461 Pf. - 1462 Pf. - 1463 Pf. - 1464 Pf. - 1465 Pf. - 1466 Pf. - 1467 Pf. - 1468 Pf. - 1469 Pf. - 1470 Pf. - 1471 Pf. - 1472 Pf. - 1473 Pf. - 1474 Pf. - 1475 Pf. - 1476 Pf. - 1477 Pf. - 1478 Pf. - 1479 Pf. - 1480 Pf. - 1481 Pf. - 1482 Pf. - 1483 Pf. - 1484 Pf. - 1485 Pf. - 1486 Pf. - 1487 Pf. - 1488 Pf. - 1489 Pf. - 1490 Pf. - 1491 Pf. - 1492 Pf. - 1493 Pf. - 1494 Pf. - 1495 Pf. - 1496 Pf. - 1497 Pf. - 1498 Pf. - 1499 Pf. - 1500 Pf. - 1501 Pf. - 1502 Pf. - 1503 Pf. - 1504 Pf. - 1505 Pf. - 1506 Pf. - 1507 Pf. - 1508 Pf. - 1509 Pf. - 1510 Pf. - 1511 Pf. - 1512 Pf. - 1513 Pf. - 1514 Pf. - 1515 Pf. - 1516 Pf. - 1517 Pf. - 1518 Pf. - 1519 Pf. - 1520 Pf. - 1521 Pf. - 1522 Pf. - 1523 Pf. - 1524 Pf. - 1525 Pf. - 1526 Pf. - 1527 Pf. - 1

Menschenhaft.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Kündigung und Geheimverfahren.

Der Parteivorstand bekennt sich endgültig zu dem Anspruchs, daß er in Gemeinschaft mit der Redaktionskommission über redaktionelle Angelegenheiten ohne Zuziehung der Redakteure beraten und entscheiden dürfe. Insbesondere wenn Kündigungen in Frage sind, so erklärt er, sei die Zuziehung der Redakteure zu den Beratungen gänzlich unstatthaft und nur ausbrüchliche Menschen könnten sich in solche Beratungen drängen.

Die Parteibehörde beruft sich auf § 26 2 des Organisationsstatuts. Ein überflüssiges Bemühen, da das dort festgestellte Recht der Entscheidung ebenso wenig bezweifelt worden ist, wie das Recht unerbittlicher Vorbesprechungen. Es handelt sich ausschließlich darum, ob die Aufschicht persönlich unserer Parteipresse ohne Zuziehung der Redakteure Abmachungen über entscheidend wichtige redaktionelle Angelegenheiten beraten und beschließen dürfen. Hierüber sagt das Organisationsstatut nichts, und es kann darüber nichts gesagt werden, weil es unnötig wäre, das Selbstverständliche auszusprechen, weil die Lösung dieser Frage sich aus allgemein parteieigenen Grundsätzen und demokratischen Grundsätzen ohne weiteres ergibt.

Die „Denkschrift“ versucht — um das vorauszunehmen —, das eingeschlagene Geheimverfahren für den vorliegenden Fall damit zu entschuldigen, daß „alle Mittel“, in Gemeinschaft mit der Redaktion die gewünschten Ziele zu erreichen, verjagt hätten, weshalb man nunmehr zum äußersten Mittel von Kündigungen habe schreiten müssen. Die Leichtfertigkeit dieser Behauptung wird sofort offenkundig, wenn man bedenkt, daß dasjenige Mittel, das am 8. September beschlossen worden ist, bisher überhaupt noch nicht in einem einzigen Fall auf die Probe gestellt wurde. Es war ein Gebot der elementarsten Aufrichtigkeit, mindestens abzuwarten, welchen Erfolg der Beschluß haben würde, vermöge dessen eine Minorität die Veröffentlichung ihrer bedenkl. ersehnten Artikel der Majorität jederzeit behufs Vorlegung vor die Ausschüsse aufhalten konnte. Aber noch mehr, die Denkschrift wagt es, vom Versagen aller Mittel zu sprechen und will den Anschein erwecken, als seien wir haltlos und unzugänglich für uns unterbreitete Wünsche gewesen, während in Wahrheit unser wiederholt gemachter Vorschlag, daß die Minderheit die fristigen Parteifragen behandeln soll, das Gegenteil erweist. Auch unseres Entgegenkommens wird jetzt behauptet, alle Mittel, in gemeinsamer Beratung mit uns etwas zu erreichen, hätten versagt.

Freilich, die Denkschrift überführt sich überdies selbst der Unwahrheit, da sie an anderer Stelle sagt:

„Wir stellen zunächst fest, daß die Frage einer gründlichen Umgestaltung in der Zusammensetzung der Redaktion zwecks einer prinzipielleren Haltung des „Vorwärts“ bisher nicht ein einziges Mal bestand.“

Durch diese wichtige Mitteilung widerlegt die Denkschrift nicht nur die Behauptung, daß alle Mittel versagt hätten, sondern — und dies ist zur Beurteilung des Geheimverfahrens besonders wichtig — sie bestätigt selbst, daß in allen früheren Besprechungen niemals auch nur eine Andeutung gemacht worden ist, es bestände der Wunsch, daß dieser oder jener Redakteur aus seiner Stellung ausscheiden möge! Sie bestätigt in wünschenswerter, wenn auch unbedachtigster Offenheit, daß die plötzliche Aufwertung der Kündigungsfrage uns als völlig Ahnungslose auf's äußerste überraschen und da sie in geheimen Sitzungen behandelt

wurde, zur äußersten Empörung treiben mußte.

Man versuche sich in die Situation zu versetzen, in die wir getrieben wurden. Am 2. Oktober fand die erste Sitzung statt; wir waren erstaunt, daß wir nicht geladen waren, schöpften aber keinen Verdacht, da wir annahmen, es handle sich lediglich um die in Sena nicht erledigte Frage, wie die Berliner Genossen größeren Einfluß auf den „Vorwärts“ erlangen sollen; wir hätten gern an der Erfüllung dieses Verlangens mitgewirkt, aber da das keine Frage redaktioneller Änderungen war, konnte unsere Nichtzuziehung uns nicht übermäßig auffallen. In dieser Sitzung wurde aber die Frage, wie die Berliner Genossen größeren Einfluß auf den „Vorwärts“ erhalten sollen, in die Frage von Kündigungen umgewandelt, wovon wir nichts erfuhren. Am 6. Oktober waren wir zur Sitzung der Redaktionskommission geladen, wurden jedoch auf Wunsch des Parteivorstandes hinausgeschickt, weil über redaktionelle Angelegenheiten beraten werden sollte. Im Konferenzsaal, dicht bei unseren Arbeitsbüchern, fast Tür an Tür, beriet man über die wichtigsten redaktionellen Angelegenheiten, und wir Redakteure sahen uns plötzlich beseitigt. Dieser noch nicht dagewesene Vorgang erzeugte sofort unsere ganze Enttäuschung. Am nächsten Tage erfuhren wir, daß über die gepflogenen Beratungen gar das Schweigegebot verhängt war, das Schweigegebot vor allem gegen uns, als hätten wir Handlungen begangen, die uns des Vertrauens unwürdig erscheinen ließen. Wir erhoben alsbald schriftlichen Protest, zunächst in zuborkommender Form, indem wir die Möglichkeit offen hielten, als habe man nur in ausenstündlichem Versehen solches Verfahren eingeschlagen. Das Weitere ist bereits in unserer Aufklärung in Nr. 251 des „Vorwärts“ dargestellt. Trotz aller unserer Proteste setzte man das Geheimverfahren fort und häßte Schweigegebot auf Schweigegebot. Man hatte am 2. Oktober die Beratungen begonnen, ohne daß wir ihnen konnten, es seien Kündigungen oder Maßregelungen beabsichtigt. Man wollte die Beratungen unter Schweigegebot zu Ende führen, ohne daß wir die geringste Kenntnis davon erhielten, was vorging. Wir sollten vor vollendete Tatsachen gestellt werden! Wir sollten vergewaltigt und abgewürgt werden! Es bleibt uns allerdings der Trost, daß nicht nur wir, die Minderheit, sondern auch der „Vorwärts“ selbst, sowie den Berliner Genossen im besonderen ist durch das Geheimverfahren des Vorstandes und der Funktionäre das Urteil über die „Vorwärts“-redaktion widerrechtlich entzogen worden.

So sehr aber durch die Festhaltung des wahren Tatbestandes die Nichtwürdigkeit des gegen uns angewandten Verfahrens gekennzeichnet wird, so ist doch der in der Denkschrift erhobene Anspruch auf Geheimhaltung auch ganz abgesehen von unserem Spezialfall zu beurteilen und zu beurteilen. Der Parteivorstand nimmt das Recht zur Festhaltung der Redakteure ganz unangekündigt in Anspruch, wie auch der Einzelfall gefordert sein mag.

Wie versucht die Denkschrift dieses neue Prinzip der Geheimhaltung zu begründen? Um eine erbebe Sache zu verteidigen, streift man zunächst den sinnlosen Vergleich zwischen der Beratung eventueller Kündigungen und der Beratung von Gehaltsberichtigungen. Weil der Parteigenosse nicht beantragt, anzuwenden zu sein, wenn besprochen wird, ob auf Grund längerer Verwaltung einer Stelle oder auf Grund besonderer familiärer Verhältnisse oder aus sonstigen Gründen, über die er schriftlich oder mündlich Mitteilung gemacht hat, eine Verbesserung seiner materiellen Lage eintritt, darf er nicht von der Beratung völlig ausgeschlossen werden, wenn es umgekehrt gilt, ihn wegen angeblich abweichender Parteimeinungen, nicht etwa nur der materiellen Gehaltslosigkeit zu überantworten, sondern vor allem die politische Stellung, die er sich in vielfältiger Arbeit im Dienste der Partei erworben, zu vernichten! Daß die Denkschrift einen

solchen Vergleich ziehen kann, zeigt die ungeheuerliche Verwirrung, die nicht nur in dem Parteivorstand, sondern auch in der Logik ihrer Urheber eingegriffen ist. Für Fälle von geringer Bedeutung ist man gnädig bereit, die Redakteure zuzuziehen, aber sobald Fragen von der größten Tragweite vorliegen, wenn es sich um die politische Stellung von Parteigenossen handelt, dann braucht man sie nicht einmal zu hören!

Diese Verwirrung geht so weit, daß der Parteivorstand durchaus bourgeoisen und kapitalistischen Gedankengängen verfällt. So sehr sind die Begriffe verwirrt, daß man die selbstverständliche Forderung der Mitwirkung aller Beteiligten an der Regelung des Arbeitsverhältnisses als eine Forderung ansieht, die allem „Anstande“ Hohn sprechen! Eine bürgerliche Anstandsmeierei, die wir in der sozialdemokratischen Partei nicht für möglich gehalten hätten. Der Begriff der „Kündigung“ aus Gefinnungsgründen ist bisher bei uns noch niemals in Kurs gewesen. Wir führen den kapitalistischen Kündigungsbezug nicht völlig entbehren, es ist aber der schärfste Protest dagegen zu erheben, daß das Verhältnis zwischen den Parteibehörden und ihren Angehörigen zu einem ausschließlich nach kapitalistischen Grundsätzen zu beurteilendem Arbeitsverhältnis gemacht wird. Die Redakteure der Parteipresse sind nicht Existenzkämpfer, die man „kündigen“ kann, ohne ihnen von dem Plan Mitteilung zu machen, ohne sie zu den Beratungen zuzuziehen, ohne sie anzuhören, ohne ihnen Vorwürfe, die man gegen sie hat, offen anzusprechen und ohne ihnen ausgiebige Gelegenheit zu geben, zur Aufklärung von Unrichtigkeiten, zur Abwehr falscher Unterstellungen, zum Vortrage eigener Vorschläge, politische Personen, die ein Jahrzehnt und länger eine gemeinsame große Sache auf bestimmter Stelle gemeinsam geleistet haben, „kündigen“ sich nicht gegenseitig auf, sie trennen sich von einander, wenn sie erkennen, daß sie nicht länger geistlich miteinander zu wirken vermögen, wenn der eine dem anderen sagt, daß er das Vertrauen zu gemeinsamer Arbeit verloren habe. So allein mußte in unserem Falle verfahren werden. Hätte man solches soziale Verfahren eingeschlagen, dann wären der Partei die jetzt notwendig gewordenen Zukunftsbesorgungen gänzlich erspart geblieben. Hätte man uns Mitteilung von jenen Plänen gemacht, hätte man uns zu den Beratungen zugezogen, so hätten entweder die Ausschüsse von der Frömmigkeit ihrer Vorwürfe überzeugt, oder es wäre, wenn die schon früher beschlossenen Abhilfsmittel nicht genügt, weitere Abhilfsmittel überlegt worden, oder aber es wäre die Trennung erfolgt in aller Offenheit und in parteigenössischer Freundschaftlichkeit. Gerade weil wir, wie sich versteht, die literarische Tätigkeit in der Sozialdemokratie nicht unter dem Gesichtspunkt der „Produktion“ betrachten, sondern die Redaktion als Ehrenamt und Vertrauensposten ansehen, gerade darum mußte es uns empören, daß man uns behandeln, wie Kapitalisten Lohnarbeiter behandeln, anstatt mit uns offen und ehrlich als mit gleichberechtigten Parteigenossen sich auseinanderzusetzen. Was würden etwa die Sekretäre im Parteivorstand dazu sagen, wenn man sie auf einem Parteitag, ohne ihnen ein Wort zu sagen, ohne eine Beschwerde gegen sie vorzubringen, ja im Gegenteil nach Vertrauen erwerbenden Versicherungen, sie meuchlings bei der Wahl niederstimmte. Diese Sekretärposten sind gleichfalls keine „Produktionen“, sondern genau so anzufassen wie Redaktionsämter. Ein solches Verfahren wäre nicht Demokratie, sondern die Herrschaft des Meuchelmords. Der Parteivorstand hat denn auch die gebührende Strafe für solches Verfahren bereits erhalten, die „Kreuzzeitung“ und die „Stimme“ „Post“ spenden ihm ihre prinzipielle Zustimmung, die „Post“ hat in Vorahnung und in voller Uebereinstimmung mit der später erschienenen Denkschrift das Verlangen der Redakteure als „ebenso nat. wie löblich“, als „ganz unberechtigt“ erklärt!

Es ist in diesem Zusammenhang mitzuteilen, daß der Parteivorstand das gegen uns angewandte Prinzip des Ge-

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstädter.

(69. Fortsetzung.)

„Hallo, Companero“, sagte da Sissy, seine Hand leicht auf die Schulter des Spaniers legend, „wir haben einander lange nicht gesehen. Ich denke, das ist ein gutes Zeichen, daß wir uns im Paradies wieder finden.“

Der Spanier zuckte bei der Berührung und der bekannten Stimme zusammen, als ob ihn eine Klatze gestoßen hätte, aber sonst rührte und regte er sich nicht. Nur ein eigenes triumphierendes Lächeln flog um seine Lippen, denn die Worte „es ist ein gutes Zeichen“ stimmten mit seinem Traume zusammen. Wenn Senor Ronez irgend einen Menschen auf der Welt haßte, so war es dieser Amerikaner, der ihn wieder und wieder zum Spiel verführt und immer und immer ausgepöndelt hatte. — Und dennoch zog es ihn wie mit einer unsichtbaren Gewalt immer wieder gerade in dessen Nähe, an dem er ja auch Rache für die erlittenen Verluste nehmen wollte. Daß er dann stets im neuem Kampfe unterlag, konnte den Haß nur steigern, aber verband ihn auch zu seinem Unglück nur fester und immer fester mit seinem Mörder. Auf den Raieen hatte schon Manuela den Vater gebeten, nur die besten Menschen, diesen vor allen Anderen zu meiden; er versprach es ihr — wie er aber sich selber betrog, betrog er auch die Tochter, und von Goldgier und Haß gleich stark gestachelt und geblendet, trieb es ihn förmlich in das Reich des Feindes.

So war es auch heute wieder gewesen. Er hatte den Amerikaner schon an seinem Tische gesehen, seines Bersprechens gegen die Tochter aber eingedenk, sich nicht dorthin gewendet. Ist aber, wie der Mann an seine Seite trat, wie er von „guten Zeichen“ sprach, da zuckte dem Spieler die alte, wenn auch schon so oft geküßte Hoffnung neu

durch's Herz, und das Gefühl gerade, das ihn hätte warnen sollen, trieb ihn vorwärts. In diesem Augenblick den er für den günstigen Wendepunkt seines Schicksals hielt, trat ihm jener stets lächelnde, tödlich gehaftete Amerikaner entgegen, und als die Raiegeßtin selber ihm die Angriffs-waffe in die Hand gedrückt, drängte es ihn jetzt, den Kampf zu beginnen.

„Mag sein, Senor“, antwortete er deshalb in seinem gebrochenen Englisch — „für Einen vürleicht.“

„Dann für Euch“, lachte Sissy, „denn ich habe diese Nacht einen nichtswürdigen Traum gehabt, und hatte mir eigentlich vorgenommen, heute gar nicht zu spielen. Euch, Senor, bin ich aber Revanche schuldig und jeden Augenblick dazu bereit — vorausgesetzt nämlich, daß nicht wieder vollständige Ebbe im Curer Risse ist.“ — Er sagte die letzten Worte mit einem so höhnlich lächelnden Blick, daß dem alten Spanier das Blut in Strömen nach dem Herzen schloß, und jetzt bedurfte es keiner weiteren Reizung, ihn dorthin zu locken, wohin ihn Sissy haben wollte.

Don Alonso legte im Anfange nur ganz kleine Sätze auf eine Karte — aber er gewann. Er verdoppelte die Summe und gewann wieder. Vorsichtig zog er das Geld ein, setzte wieder wenig und gewann auf's Neue, dadurch aber schon angefeuert, wollte er sein Glück forziehen und — verlor. Mit einem Schlage gingen die wenigen Dollar, die er sein nannte, in die Hände des Bankiers über, der erwartungsvoll zu ihm aufschaute, seinen neuen Satz zu hören.

„Nun, Senor? — Sie hätten die Bohn nicht verlassen sollen, die Ihnen vorher so treu war. Seit der Zeit hat sie wieder zweimal gewonnen. Versuchen Sie es noch einmal mit ihr. — Wie viel auf die Bohn?“

„Ich habe kein Geld mehr“, murmelte der Spanier halbtaub vor sich hin — „wenigstens nicht bei mir.“

„Kein Geld mehr?“ lachte Sissy — „der Himmel segne Sie, Senor, Sie können kaum eine halbe Unze verloren

haben, und das war doch wohl nicht Ihr ganzes Kapital, mit dem Sie mich aus dem Sattel heben wollten? — Gut ich tue es eigentlich nie, aber bei Ihnen will ich eine Ausnahme machen und Ihnen sechs Unzen Kredit geben. Sind Sie das zufrieden?“

„Ich spiele nicht weiter“, sagte Don Alonso finster und suchte sich vom Tische zu entfernen.

„Halt!“ rief da Sissy, der einen weiteren Plan mit dem Alten hatte und ihn so leichten Kaufes nicht fortlassen wollte. „Wenn Sie von mir kein Gold geborgt nehmen wollen, Senor, setze ich ein Pfund Gold gegen ein Wertstück, das Sie besitzen.“

„Ja, ein Wertstück?“ sagte der Alte kopfschüttelnd — „ich habe keine, das solchen Gegenstand hielt — ein Pfund Gold?“

„Zweihundert spanische Dollar, wenn Sie das lieber wollen — ja dreihundert auf den einen Satz — Ihrer Tochter Violinpiel!“

Der Alte biß die Unterlippe zwischen die Zähne, aber es war nur ein Moment, in dem er zögerte, dann antwortete er finster:

„Keine Tochter spielt nicht mehr.“

„Torheit, Mann“, lachte aber der Spieler, „das ließe ein Talent erstickern, das ihr der Schöpfer zu Ihrem Nutzen und zu anderer Menschen Freude gegeben hat. Aber hören Sie mich an. Hier oben in den Besten fehlt es uns an Musik. Stumm und still rollt das Gold, fallen die Karten, flirren die Gläser, und ein anderes Leben läßt in dieses Netz von Besten, wenn das Mädchen ihre Violine hier erklingen läßt. Dreihundert Dollar setze ich gegen den Kontrakt, daß sie vier Wochen lang mir nur zwei Stunden abends im dem Besten spielt, und zahle ihr dann noch vier Dollar jeden Abend extra.“

Dreihundert Dollar — die Summe wäre genügend gewesen, ihn und die Tochter fort von Kalifornien zu nehmen — und wie lange — wie schwer hätte er arbeiten müssen,

